

JAHRESBERICHT 2017



FREIE BERUFE: ZAHLEN UND FAKTEN

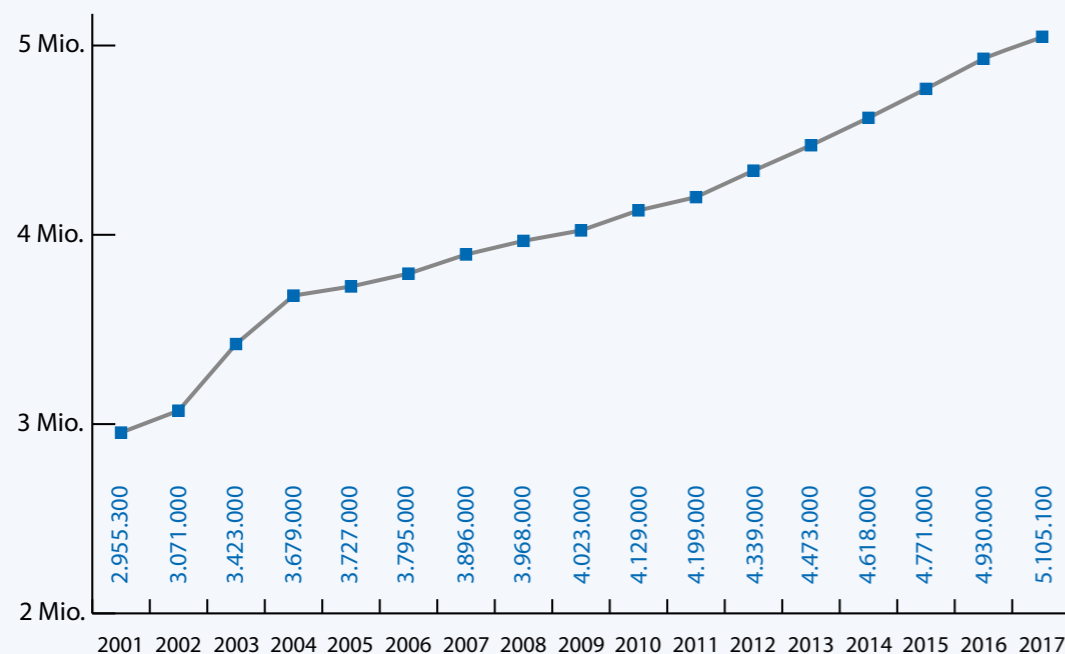
Die Freien Berufe, darunter sowohl Selbstständige als auch Angestellte, sind ein wirtschaftliches, gesellschaftliches und politisches Schwergewicht: Im Jahr 2017 beschäftigten allein die rund 1,38 Millionen wirtschaftlich selbstständigen Freiberufler rund 3,7 Millionen Mitarbeiter – darunter circa 123.100 Auszubildende. Gemeinsam steuern sie rund 327 Milliarden Euro und damit 10,8 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Freie Berufe sind in den Heilberufen, den rechts-, wirtschafts- und steuerberatenden Berufen, im technisch-naturwissenschaftlichen sowie im kulturellen Bereich tätig.

Die wichtigsten Zahlen zum 1. Januar 2017

» Selbstständige in Freien Berufen	1.382.000
Freie Heilberufe	414.000
Freie rechts-, wirtschafts- und steuerberatende Berufe	379.000
Freie technisch-naturwissenschaftliche Berufe	261.000
Freie Kulturberufe	328.000
» Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	3.299.000
» Auszubildende	123.100
» Nicht sozialversicherungspflichtige Familienangehörige	301.000
» Erwerbstätige in Freien Berufen insgesamt	Σ 5.105.100

Erwerbstätige in Freien Berufen im Zeitverlauf



DER BFB: SPITZENVERBAND DER FREIBERUFLICHEN KAMMERN UND VERBÄNDE

Der BFB, gegründet 1949, ist der Dachverband der Spitzenvereinigungen der Freien Berufe. Mitglied im BFB sind Organisationen aus allen Bereichen der Freien Berufe sowie die Landesverbände der Freien Berufe.



Sehr geehrte Damen und Herren,

das BFB-Jahr 2017 war geprägt von Kontinuität und Wandel. Die Mitgliederversammlung wählte bei den turnusmäßigen Wahlen zu Präsidium und Vorstand im Sommer 2017 eine neue Verbandsspitze. Prof. Dr. Wolfgang Ewer trat als neuer BFB-Präsident die Nachfolge von Dr. Horst Vinken an, der den BFB dreieinhalb Jahre erfolgreich in und durch bewegte Zeiten geführt hatte. Besonders erfreulich ist auch, dass der BFB auf einer noch breiteren Basis steht: Seit der Mitgliederversammlung im Sommer 2017 ist der Bund Deutscher Architekten Mitglied.

Dieser Wandel ist mit Kontinuität verbunden: Der BFB bleibt auf Kurs, als moderne, zukunftsste, attraktive gemeinsame Vertretung der Freien Berufe. Zum inhaltlichen Aufgabenportfolio zählten weiterhin freiberufler-übergreifende Themen wie die berufliche Bildung und die Fachkräftesicherung. Zudem hat der BFB zur Bundestagswahl bereits im Frühjahr 2017 gemeinsam mit seinen Mitgliedern die politischen Anliegen der Freien Berufe adressiert. Breiten Raum nahm vor allem das Dienstleistungspaket der Europäischen Kommission mit seinen weitreichenden Auswirkungen für die Freien Berufe ein.

Der BFB wappnet sich zudem proaktiv für die akuten und zukünftigen Debatten über den Rechtsrahmen der Freien Berufe. Seit Sommer 2017 punktet der BFB insbesondere mit einer Studie, die er beim Dueseldorf Institute for Competition Economics (DICE) in Auftrag gegeben hat: In Vertrauensgütermärkten – dazu gehören freiberufliche Dienstleistungen ganz unbestritten – führen Regulierung, die den Preiswettbewerb einschränkt, und Marktzutrittsregeln zu Wohlfahrtsverbesserung, höherer Markteffizienz und besserer Qualität. Dass das System „Freier Beruf“ funktioniert, das unterfüttern aber auch die volkswirtschaftlichen Fakten. So hat der BFB den Anteil der Freien Berufe am Bruttoinlandsprodukt berechnen lassen. Er steigt und steigt und steigt, auf nunmehr 10,8 Prozent.

Ob Zahlen, Fakten, Positionen oder Stellungnahmen, das gesamte Portfolio ist noch zeitgemäßer eingebettet auf der neuen Verbandswebsite, die Ende 2017 an den Start gegangen ist. Auch dort können Sie sich fortlaufend über unsere Arbeit informieren, bis wir Ihnen den nächsten Jahresbericht vorlegen.

Wir wünschen Ihnen kurzweilige Lektüre.

Prof. Dr. Wolfgang Ewer
Präsident

Dr. Stephanie Bauer
Hauptgeschäftsführerin

Inhaltsverzeichnis

» VORWORT	3
» VERBANDSINTERNE ARBEIT	6
» POLITISCHE ARBEIT	9
» SPEZIAL: BUNDESTAGSWAHL 2017	22
» KOMMUNIKATION, PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	24
» WIRTSCHAFT, BESCHÄFTIGUNG, BILDUNG	27
» BIP-Anteil der Freien Berufe steigt	27
» Freie Berufe als Wirtschaftsfaktor, Arbeitgeber und Ausbilder	28
» Konjunkturumfragen 2017	29
» Engagements für die Ausbildung und Fachkräftesicherung	31
» Novellierungsverfahren der beruflichen Bildung	33
» Durchlässigkeit	34
» Deutscher Qualifikationsrahmen	34
» FORSCHUNG	35
» DICE-Studie zum Wettbewerb bei Vertrauensgütern	35
» SCHWERPUNKT DIENSTLEISTUNGSPAKET	36
» EUROPA	41
» PANA-Ausschuss des EP	41
» Soziale Säule	41
» Brexit	41
» Weitere europäische Aktivitäten	42
» STANDORTFRAGEN	43
» Digitalisierung	43
» Geheimnisträgerschaft/Datenschutz	43
» Selbstverwaltung	44
» Wettbewerb/Öffentliches Auftragswesen	44
» Normung /Akkreditierung	45
» Einheitlicher Ansprechpartner	45
» Soziale Sicherung/Altersvorsorge	46
» ANHANG	47
» Mitgliedsorganisationen	47
» Präsidium	48
» Vorstand	48
» Ausgewählte Termine von Januar bis Dezember 2017	50
» Stellungnahmen, Positionspapiere, Resolutionen und Faktenblätter	54
» Presse- und Mitgliedermitteilungen	56
» ZU GUTER LETZT: PRÄSIDENTENWECHSEL	59

IMPRESSUM:

Herausgeber:
 Bundesverband der Freien Berufe e. V.
 Reinhardtstr. 34
 10117 Berlin
 Telefon: +49 (0) 30 / 28 44 44 0
 Fax: +49 (0) 30 / 28 44 44 78
 E-Mail: info-bfb@freie-berufe.de
 Website: www.freie-berufe.de

Gestaltung und Herstellung: brandung3 kommunikation

Der Inhalt des Jahresberichts 2017 spiegelt die Arbeit des Bundesverbands der Freien Berufe e. V. für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 und bezieht sich auf die entsprechenden Sachstände.

Michael Mann (S. 3), BFB/Henning Schacht (S. 6, 9, 10, 12, 18, 20, 44, 59), andreynov – Fotolia.com (S. 7), stockpics – Fotolia.com (S. 8), Werner Schuering (S. 10), Hessische Landesvertretung/Eric Berghen (S. 11, 39), Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/photothek.net (S. 12), DIHK/Jens Schicke (S. 13), BMWi/Anastasia Hermann (S. 15), BZÄK/BFB/Alexander Louvet (S. 16, 20, 39, 42), BFB/Marco Urban (S. 17), Bundesregierung/Steffi Loos (S. 17), BMI (S. 18), ABDA/Scharl (S. 19), Lydia Geissler – Fotolia.com (S. 22), iStockphoto.com/Slobelix (S. 23), iStockphoto.com/Mitrija (S. 24), iStockphoto.com/ahmetemre (S. 26), arahan – Fotolia.com (S. 31), denisismagilov – Fotolia.com (S. 33), Vege – Fotolia.com (S. 35), Ronny Marx – Fotolia.com (S. 36), finecki – Fotolia.com (S. 6, 41), Coloures-Pic – Fotolia.com (S. 37), wetzkaz – Fotolia.com (S. 38), neirfy – Fotolia.com (S. 40), donfiore – Fotolia.com (S. 41), iStockphoto.com/imaginima (S. 43), Pixi – Fotolia.com (S. 44), Braverabbit – Fotolia.com (S. 45), BMWi (S. 46), Marco2811 – Fotolia.com (S. 46), BFB/Fabian Matzerath (S. 59), BFB/Georg Moritz (S. 59)

VERBANDSINTERNE ARBEIT

MITGLIEDERVERSAMMLUNG WÄHLT NEUE FÜHRUNGSTEAMS

Die BFB-Mitgliedsorganisationen wählten bei der BFB-Mitgliederversammlung am 21. Juni 2017 mit überwältigender Mehrheit RA Prof. Dr. Wolfgang Ewer zum neuen Präsidenten des Bundesverbands der Freien Berufe e. V. (siehe Seite 59). Er folgte Dr. Horst Vinken nach, der satzungsgemäß nicht erneut kandidierte. Prof. Dr. Ewer ist zugleich Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins und engagiert sich bereits seit dem Jahr 1994 im BFB, zuletzt als Vizepräsident. Neuer Schatzmeister und Vizepräsident ist der bisherige Vizepräsident vBP/StB Gerhard Albrecht, der auch Vizepräsident der Wirtschaftsprüferkammer ist. Die BFB-Mitgliedsorganisationen wählten außerdem die Mitglieder des BFB-Vorstands (siehe Seite 48 f.).



MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die BFB-Mitgliederversammlung nahm am 21. Juni 2017 mit dem Bund Deutscher Architekten einen weiteren renommierten Freiberuflerverband auf. Damit hat der BFB zum Stichtag 31. Dezember 2017 58 Mitgliedsorganisationen.

SITZUNGEN DES BFB-VORSTANDS

Bei seiner Sitzung Mitte März 2017 befasste sich der BFB-Vorstand insbesondere mit der Altersvorsorge der Freien Berufe. Herzstück der Debatte war ein von der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und in Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen konzipiertes Hintergrundpapier, das etwa in den gemeinsamen Argumentationsfundus und in Gespräche mit Entscheidungsträgern einfließen kann.

Daneben erfolgte ein Zwischenbericht zu der seinerzeit noch nicht final vorliegenden Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“, die der BFB beim Duesseldorf Institute for Competition Economics (DICE) in Auftrag gegeben hatte (siehe Seite 35).

Bei der BFB-Mitgliederversammlung am 21. Juni 2017 wurde auch der neue, ab Juni 2017 amtierende BFB-Vorstand gewählt. In seiner konstituierenden Sitzung unmittelbar nach der Mitgliederversammlung setzte der BFB-Vorstand die Arbeitskreise „Finanzen“, „Berufspolitischer Rahmen“, „Wirtschaftliches und soziales Umfeld der Freien Berufe“ und „Aufteilungsverbände“ ein. Begrüßt wurde auch, dass die Kontakte zwischen dem BFB und seinem französischen Pendant, der Union Nationale des Professions Libérales, wieder verstärkt werden sollen.

Bei der Vorstandssitzung am 19. September 2017 stand das Arbeitsprogramm 2018 im Fokus. Dem Beschluss des BFB-Vorstands zufolge werden neben dem klassischen Themenkanon im Jahr 2018 schwerpunktmäßig folgende Inhalte bearbeitet:

- » Alleinstellungsmerkmal „Gemeinwohlorientierung der Freien Berufe“
- » Digitalisierung unter freiberuflichen Aspekten
- » Positionierung der Freien Berufe zu Regulierung und Deregulierung



Parallel zur Schärfung des Gemeinwohlbegriffs sollen weiterhin aussagekräftige ökonomische Kennziffern zu den Freien Berufen identifiziert werden: Geprüft werden soll beispielsweise, ob sich aus den verfügbaren Statistiken etwa Aussagen zur Lebensdauer von Freiberufler-Unternehmen ziehen lassen; zudem soll der Anteil der Freien Berufe am Bruttoinlandsprodukt (BIP) aktualisiert werden. Letztbenannter Wert wurde bereits Anfang November 2017 präsentiert: Der Anteil der Freien Berufe am BIP ist auf 10,8 Prozent gestiegen (siehe Seite 27). Auch eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem DICE-Institut wurde vom Vorstand im Grundsatz befürwortet.

GREMIENARBEIT

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen positioniert sich der BFB zu aktuellen politischen Themen und speist die gemeinsamen Forderungen in die Meinungs- und Willensbildung ein. Unter den BFB-Präsenzveranstaltungen fest etabliert ist die regelmäßige **Repräsentantenrunde** in Brüssel. Zudem sind verschiedene Gremien in ihren Arbeitsfeldern aktiv:

In Umsetzung des Vorstandsbeschlusses vom 19. September 2016 konstituierte sich am 20. Februar 2017 der **Arbeitskreis „Berufspolitischer Rahmen“** unter Vorsitz des seinerzeitigen BFB-Vizepräsidenten und heutigen BFB-Präsidenten Prof. Dr. Wolfgang Ewer. Die Agenda dieser und der drei folgenden Sitzungen war vielfältig. Folgende Themen wurden aufgegriffen: das Dienstleistungspaket der Europäischen Kommission, die Digitalisierung, der Datenschutz (Umsetzung der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung), der Berufsgeheimnisschutz (Bundeskriminalamtgesetz und Gesetz zur Neuregelung des Schutzes von Geheimnissen bei der Mitwirkung Dritter an der Berufsausübung schweigepflichtiger Personen), die Weiterentwicklung des Teilzeitrechts, das Befreiungsrecht von der Sozialversicherungspflicht, die soziale Sicherung und die Altersvorsorge. Die Themenschwerpunkte des Arbeitskreises im Jahr 2018 werden maßgeblich geprägt sein von den Inhalten des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung. Der Arbeitskreis wird sich auch mit den berufsrechtlichen Implikationen der Digitalisierung befassen.

Die **Arbeitsgruppe „Digitalisierung“** konzentrierte sich bei ihrer Sitzung am 25. April 2017 unter Leitung des seinerzeitigen BFB-Präsidenten Dr. Horst Vinken auf die technischen Freien Berufe. Inspiriert von einem gehaltvollen Impulsvortrag von Dr. Alexander Rieck vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation diskutierte die Runde über die Auswirkungen auf die praktische Berufsausübung und daraus resultierende Implikationen für die Ausbildung.



Basierend auf dem Vorstandsbeschluss vom 19. September 2016 konstituierte sich der **Arbeitskreis „Wirtschaftliches und soziales Umfeld der Freien Berufe“** unter Leitung von Friedemann Schmidt, BFB-Vizepräsident und Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände. Der Arbeitskreis befasste sich in seiner ersten Sitzung unter anderem mit der Alterssicherung der Freien Berufe, aber auch mit Themen aus dem Bereich der beruflichen Bildung. Das Gremium war sich einig, dass Initiativen, die auf eine Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung abzielen, aus Sicht der Freien Berufe nicht befürwortet werden.

Der **Arbeitskreis „Finanzen“** tagte im Berichtszeitraum vier Mal. Im Fokus seiner Arbeit standen die Haushaltsbegleitung, der Haushaltsentwurf 2018 sowie unter anderem die Reisekostenordnung, deren Aktualisierung von der Mitgliederversammlung 2017 beschlossen wurde.

Der **Arbeitskreis „Aufteilungsverbände“** tagte im Berichtszeitraum zwei Mal.

Bei der **Hauptgeschäftsführerkonferenz** am 13. Juli 2017 wurde unter anderem die beim Duesseldorf Institute for Competition Economics beauftragte Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“ erörtert (siehe Seite 35).



MITARBEIT IN EXTERNEN GREMIEN

Im Mai 2017 erfolgte im Rahmen der Sozialwahlen die Wahl der Vertreterversammlung und des Vorstands in der Verwaltungsberufsgenossenschaft (VBG) sowie bei der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV Bund). Der BFB beziehungsweise seine Mitgliedsorganisationen stellen im VBG-Vorstand drei, in der VBG-Vertreterversammlung neun Mitglieder und in der DRV-Bund-Vertreterversammlung zwei Mitglieder. Die Kandidaten hatten das BFB-Präsidium und der BFB-Vorstand bereits im Jahr 2016 gemäß dem satzungsmäßig vorgegebenen Prozedere nominiert. Die Konstituierungssitzung der VBG-Vertreterversammlung fand am 27. September 2017 in Berlin statt, eine weitere Sitzung folgte am 7. Dezember 2017 in Braunschweig. Auch die internen Ausschüsse der VBG nahmen ihre Arbeit auf. Die konstituierende Sitzung der DRV-Bund-Vertreterversammlung fand am 11. Oktober 2017 in Berlin statt, ebendort folgte eine nächste Sitzung am 6. Dezember 2017.

VERWALTUNGSBERUFSGENOSSENSCHAFT

Vorstand

StB Karl-Heinz Bonjean, BStBK
RAin Marion Häßler-Kerfai, BRAK
Dipl.-Ing. Torsten Förster, BAK

Vertreterversammlung

Dipl.-Volksw./StB/vBP Edgar Wilk, BStBK
Dr. Stephanie Bauer, BFB
RA Markus Balkow, BIngK
Dipl.-Ing. Matthias Irmscher, VfA
Dr. Regina Ruppert, BDU
Wolfgang Roth, DStV
WP/StB Uwe Wolf, WPK
RA Prof. Roland Richter, DAV
Dipl.-Ing. Walter von Wittke, BDB

DEUTSCHE RENTENVERSICHERUNG BUND

Vertreterversammlung

Dr. Regina Ruppert, BDU
Thomas G. Zinder, DAV

POLITISCHE ARBEIT

Auch im Jahr 2017 waren die Freien Berufe wieder sehr gefordert, beispielsweise durch die EU-Dossiers und im Zuge der Bundestagswahl 2017. Die Positionen der Freien Berufe flossen auf allen politischen Ebenen ein. Gemeinsam gelang es, die Leistungen und das Profil der Freien Berufe noch sichtbarer und greifbarer zu machen.

NEUJAHREMPFANG



Prof. Dr. Johanna Wanka, seinerzeitige Bundesministerin für Bildung und Forschung



Prof. Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie

Mit gleich zwei prominenten Rednern startete der BFB in das Jahr 2017: Auf dem bestens besuchten BFB-Neujahrsempfang am 18. Januar 2017 in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin sprachen Prof. Dr. Johanna Wanka, seinerzeitige Bundesministerin für Bildung und Forschung, und Prof. Dieter Kempf, der erst kurz zuvor sein Amt als Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) angetreten hatte. Den Reden



Der seinerzeitige BFB-Präsident Dr. Horst Vinken

folgten rund 220 Gäste, darunter zahlreiche Abgeordnete des Deutschen Bundestags, Vertreter der Bundesressorts und der Landesvertretungen sowie hochrangige Repräsentanten der BFB-Mitgliedsorganisationen und befreundeter Wirtschaftsverbände. Bundesministerin Prof. Dr.

„Leistungsstärke und Gestaltungskraft der Freien Berufe bei gesamtgesellschaftlichen Themen“

Wanka stellte an den Beginn ihrer Rede die großen gesellschaftlichen Aufgaben wie

die Globalisierung, die Digitalisierung, die Energiewende und die Flüchtlingsfrage, zu deren Lösung die Freien Berufe entscheidend beitragen. Zudem würdigte sie die Freien Berufe als Arbeitgeber und Ausbilder. BDI-Präsident Prof. Kempf, als Steuerberater von Haus aus Freiberufler, thematisierte die Digitalisierung.

„Enge und bewährte Verbindungen zwischen Industrie und Freien Berufen“

Für die digitale Transformation brauche es den Schulterschluss zwischen Industrie und Freien Berufen.



DIALOG MIT DEM ZDH

Im Zuge der BBF-Präsidiumssitzung zum Jahresauftakt 2017 begrüßte der seinerzeitige BFB-Präsident Dr. Horst Vinken Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), und Holger Schwannecke, ZDH-Generalsekretär, beim BFB in Berlin. Die europäische Deregulierungsdiskussion und namentlich das sogenannte Dienstleistungspaket standen auf der Agenda. Vereinbart wurde, den Austausch und die Koordinierung in puncto Berufsregulierung fortzusetzen.



V. l.: Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, der seinerzeitige BFB-Präsident Dr. Horst Vinken

Wenige Wochen nach seinem Amtsantritt traf sich der neue BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer Anfang August 2017 mit Hans Peter Wollseifer, Präsident des ZDH, in Berlin. Mit dabei waren ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke und BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen erneut die europäische Deregulierungsdiskussion und insbesondere das Dienstleistungspaket. BFB und ZDH waren sich einig in der kritischen Einschätzung: Europa müsse nationale Regelungen und Besonderheiten im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips respektieren und dürfe nicht in die nationalen Kompetenzen zur Berufsregulierung eingreifen. Entscheidend werde auch sein, wie sich die neue Bundesregierung zu diesen Fragen positioniert.



V. l.: BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer, BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer, Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke

VERANSTALTUNG IN BRÜSSEL ZUM DIENSTLEISTUNGSPAKET

Weit über 160 Gäste, darunter Vertreter der europäischen Institutionen sowie Repräsentanten der Freien Berufe aus dem deutschsprachigen Raum, waren der Einladung zu der gemeinsamen Veranstaltung der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union und des BFB in Brüssel am 7. März 2017 gefolgt. Im Fokus standen die Auswirkungen des Dienstleistungspaketes auf die Freien Berufe. Gastgeber Mark Weinmeister, hessischer Staatssekretär für Europaangelegenheiten, unterstrich, dass sich das Land Hessen für den Erhalt des bewährten deutschen Systems „Freier Beruf“ einsetze. Den BFB repräsentierte Vizepräsidentin Barbara

„System ‚Freier Beruf‘ erhalten“

Ettinger-Brinckmann, die auch Präsidentin der Bundesarchitektenkammer ist. Sie betonte, der Binnenmarkt dürfe nicht einseitig auf ökonomische Kriterien, sondern müsse auf nachhaltiges Wachstum und Verbraucherschutz sowie Patientenschutz abstellen. Diese Ziele seien bei der Erbringung der freiberuflichen Leistungen nur im Qualitäts-, im Leistungswettbewerb und nicht – allein – im Preiswettbewerb zu erreichen. In ihrem Impulsstatement sagte Dr. Irmfried Schwimann, stellvertretende Generaldirektorin GD Binnenmarkt, Industrie, Unterneh-

mertum und KMU der Europäischen Kommission, man strebe keine Eingriffe in die Regulierung von Berufen an; diese bleibe weiterhin Kompetenz der Mitgliedstaaten. Botschafter Dr. Peter Rösgen, Stellvertretender Ständiger Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union, hielt fest, dass das Paket teilweise übers Ziel hinausschieße.

„Keineswegs das Herkunftslandprinzip befördern“

Das Herkunftslandprinzip dürfe keineswegs befördert werden. Zudem dürfe die Kompetenz der Mitgliedstaaten bei der Berufsregulierung nicht unterlaufen werden. Auch warf er die Frage nach der Notwendigkeit und Angemessenheit dieses Vorschlags auf. Die inhaltvollen Redebeiträge waren Ausgangspunkt einer – auch dank der zahlreichen Fragen aus dem Publikum – lebhaften Podiumsdiskussion. Dr. Karin Hahne, Präsidentin des Verbands Freier Berufe in Hessen, erneuerte dabei die freiberufliche Position, dass die Unabhängigkeit des Dienstleisters und die Qualität der Dienstleistung unverhandelbar seien.



V. l.: Mark Weinmeister, hessischer Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Dr. Andreas Schwab MdEP (EVP), Hendrik Kafsack, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Dr. Karin Hahne, Präsidentin des Verbands Freier Berufe in Hessen, Dr. Irmfried Schwimann, stellvertretende Generaldirektorin GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Europäischen Kommission, Evelyne Gebhardt MdEP (S&D), Botschafter Dr. Peter Rösgen, Stellvertretender Ständiger Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union

ALLIANZ-SPITZENGESPRÄCH

Am 23. März 2017 fand das jährliche Spitzentreffen der Allianz für Aus- und Weiterbildung in Berlin statt.

Neben den Ministerinnen der fachlich zuständigen Bundesressorts nahmen die weiteren Allianz-Partner teil. Die Freien Berufe repräsentierte der seinerzeitige BFB-Präsident Dr. Horst Vinken. Schwerpunktthemen waren die Lage auf dem Ausbildungsmarkt, die „Assistierte Ausbildung“ sowie die Integration von Flüchtlingen.

BUNDESTAG UND BUNDES RAT RÜGEN DIENSTLEISTUNGSPAKET

Am 9. und 10. März 2017 sprachen sich der Deutsche Bundestag und der Bundesrat gegen Teile des Dienstleistungspaketes der Europäischen Kommission aus.

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD und Die Linke waren sich bei Stimmenthaltung von Bündnis 90/ Die Grünen am 9. März 2017 einig, dass die Richtlinienvorschläge zum Notifizierungsverfahren und zur Verhältnismäßigkeitsprüfung die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit verletzen und damit gegen den Vertrag von Lissabon verstoßen (BT-Drs. 18/11442). Kritisiert wurde zudem die Elektronische Europäische Dienstleistungskarte:

- » Die Elektronische Europäische Dienstleistungskarte führe faktisch zu einer Einführung des Herkunftslandprinzips. Aufgrund der sehr kurzen Prüffristen der Aufnahmestaaten und der geplanten Genehmigungsfiktion bei Nichteinhaltung dieser Fristen werde die Dienstleistungskarte ohne tatsächliche Überprüfung durch den Aufnahmestaat ausgestellt werden. Folge werde sein, dass nationale Anforderungen unterlaufen werden.
- » Bei den Vorschlägen zum Notifizierungsverfahren und zur Verhältnismäßigkeitsprüfung mangle es an einer in den EU-Verträgen verankerten Rechtsgrundlage.

Einen Tag später gab auch der Bundesrat eine begründete Stellungnahme (BR-Drs. 45/17) ab:

- » Die Richtlinienvorschläge für die Reform des Notifizierungsverfahrens und für eine Verhältnismäßigkeitsprüfung seien mit dem Prinzip der Subsidiarität nicht vereinbar, da sie in nationale Hoheitsgewalt eingreifen und die Handlungsmöglichkeiten der EU-Mitgliedstaaten einschränken. Zudem mangle es an einer in den EU-Verträgen verankerten Rechtsgrundlage.

Der BFB begrüßte die Entschlüsse ausdrücklich; er und die BFB-Mitgliedsorganisationen hatten sich für die Berücksichtigung der freiberuflichen Interessen stark gemacht.

Der Deutsche Bundestag setzte sich in seiner einstimmig verabschiedeten Stellungnahme an die Bundesregierung vom 18. Mai 2017 erneut kritisch mit dem Dienstleistungspaket der EU-Kommission auseinander. Die Stellungnahme folgte den Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses (BT-Drs. 18/12426). Dabei hält der Deutsche Bundestag grundsätzlich an seiner bisherigen Positionierung zur Binnenmarktstrategie der EU-Kommission fest und fordert die Bundesregierung erneut auf, gegenüber der EU-Kommission auf die Wahrung der mitgliedstaatlichen Zuständigkeit zu bestehen, verbunden mit der Aufforderung, eine Überarbeitung des Dienstleistungspakets zu erwirken.



WIRTSCHAFTSPOLITISCHES FRÜHSTÜCK

Auf Einladung von Sabine Poschmann MdB, Mittelstandsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Bundeszahnärztekammer und BFB fand am 28. März 2017 ein wirtschaftspolitisches Frühstück unter dem Titel „Europäische Deregulierung bei Freien Berufen – Auswirkungen auf nationale Kompetenzen sowie den Verbraucher- und Patientenschutz“ in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin statt.



V. l.: Rudolf Henke MdB (CDU/CSU), Sabine Poschmann MdB (SPD), Prof. Dr. Wolfgang Ewer, seinerzeitiger BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins, Iris Eberl seinerzeitig MdB (CDU/CSU), Dr. Peter Engel, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundeszahnärztekammer, Heike Baehrens MdB (SPD)

Im Fokus stand das Dienstleistungspaket der Europäischen Kommission. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die diesbezüglichen Subsidiaritätsrügen des Deutschen Bundestags und des Bundesrats ein starkes politisches Signal sind. Und zwar nicht nur in Richtung der EU-Kommission, sondern auch in Richtung der deutschen Bundesregierung hinsichtlich der weiteren europäischen Beratungen. Sabine Poschmann MdB, die die Subsidiaritätsrüge des 18. Deutschen Bundestags maßgeblich mit auf den Weg gebracht hat, stellte fest: „Auf dem Weg zu einem einheitlichen Binnenmarkt dürfen unsere hohen Qualitätsstandards bei Dienstleistungen zugunsten der Verbraucher nicht gefährdet werden.“ Der EU-Kommission fehle hier eine differenzierte Sichtweise auf die Freien Berufe.

„Hohe Qualitätsstandards nicht gefährden“

AUSTAUSCH MIT DER OECD

Der Dialog mit der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) wurde intensiviert. BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer unterrichtete Heino von Meyer, Leiter des OECD Berlin Centre, bereits Ende März 2017 über erste Ergebnisse der in Arbeit befindlichen Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“ (siehe Seite 35); ein weiterer Meinungsaustausch fand am 5. Dezember 2017 statt. Die Studie war auch Gegenstand der Gespräche mit Dr. Christian Kastrop, seinerzeitiger Abteilungsleiter „Wirtschaft“ bei der OECD am 8. Juni 2017 und am 1. Dezember 2017 in Paris. Ergiebig war zudem der Workshop zu der Studie am 16. Oktober 2017 in Brüssel, an dem der OECD-Ökonom Andrés Fuentes-Hutfilter teilnahm. Der modelltheoretische Ansatz der Studie scheint bei der OECD – traditionell ein Fürsprecher des „freien Markts“ und damit Befürworter des Abbaus von Regulierung im Bereich der freiberuflichen Dienstleistungen – auf großes Interesse zu stoßen. Erfreulich ist auch die Bereitschaft, sich mit den neuen – nun auch ökonomisch begründeten – Argumenten auseinanderzusetzen.

ARBEITSGEMEINSCHAFT MITTELSTAND

PARLAMENTARISCHER ABEND

Unter dem Motto „Mittelstand trifft Politik“ lud die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand (AG Mittelstand) am 25. April 2017 zum traditionsreichen Parlamentarischen Abend nach Berlin ein. Unter Federführung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags konnte die AG Mittelstand, mit dabei auch der BFB, knapp 200 Gäste, darunter mehr als 20 Bundestagsabgeordnete, begrüßen. Ihnen wurden die „Erwartungen zur Bundestagswahl 2017“ präsentiert, in denen die AG Mittelstand gemeinsam folgende sieben Kernbereiche für das politische Handeln nach der Bundestagswahl identifiziert:

- » **Der Mittelstand braucht offene Grenzen.**
Die Politik muss sich dem wieder erstarkenden Protektionismus entschlossen entgegenstellen und die

Chancen des Freihandels gerade auch in der politischen Kommunikation verständlich machen.

- » **Der Mittelstand braucht qualifizierte Fachkräfte.**
Um alle Potenziale zu heben, braucht es – neben einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie mehr qualifizierter Zuwanderung – auch eine Berufsbildung, die sich an den tatsächlichen Bedarfen der Unternehmen orientiert.
- » **Der Mittelstand braucht schnelles Internet.**
Um die Chancen der Digitalisierung umfänglich zu nutzen, müssen Bund und Länder den Breitbandausbau beschleunigen und die Voraussetzungen für funkbasierte Netze der nächsten Generation schaffen. Zudem bedarf es eines mittelstandsfreundlichen Datenrechtsrahmens.



V. l.: Günter Althaus, Präsident des MITTELSTANDSVERBUNDS, Prof. Dr. Wolfgang Ewer, seinerzeitiger BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins, Manfred Nüssel, seinerzeitiger Präsident des Deutschen Raiffeisenverbands, Ingrid Hartges, Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands, Uwe Fröhlich, seinerzeitiger Präsident des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP, Cem Özdemir, seinerzeitiger Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, Josef Sanktjohanser, Präsident des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels, Dr. Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Gerhard Handke, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen, Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks

- » Der Mittelstand braucht effiziente und wirtschaftliche Lösungen in der Klimaschutzpolitik. Dafür braucht es mehr Marktmechanismen und weniger Regulierung.
- » Der Mittelstand braucht auch künftig Zugang zu Krediten. Dafür müssen EU- und Bundespolitik die Bankenregulierung wesentlich differenzierter und entlang der Systemrelevanz ausgestalten.
- » Der Mittelstand braucht ein investitionsfreundliches Steuerrecht. Die Besteuerung muss vor allem zum Erhalt und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands investitionsfreundlich fortentwickelt werden. Steuererhöhungen und Substanzsteuern sind mit dieser Zielsetzung nicht vereinbar.
- » Der Mittelstand braucht weniger Bürokratie und besseres E-Government. Digitalisierung von Verwaltungsprozessen muss für Unternehmen Erleichterungen und Vereinfachungen bewirken. Die bisherigen Digitalisierungsprojekte von Bund, Ländern und Kommunen müssen weiter vorangetrieben werden.
- » Fristen für Stellungnahmen und Umsetzungen neuer gesetzlicher Vorschriften auf mindestens vier Wochen vereinheitlichen.
- » „One in, one out“-Regel weiterentwickeln.
- » Fokus auf kleine Betriebe legen.
- » EU-Ex-Ante-Verfahren – Einbeziehung der mittelständischen Wirtschaft.
- » Einmaligen Umstellungsaufwand stärker berücksichtigen.
- » Frühere Einbindung mitberatender Ministerien bei ressortübergreifenden Angelegenheiten/Gesetzesvorhaben.
- » Öffentlichkeitswirksamkeit des Nationalen Normenkontrollrats erhöhen.
- » Eckpunktepapiere vor Erarbeitung eines ersten Gesetzesentwurfs veröffentlichen.
- » IT-Planungsrat stärken.

LEITSÄTZE FÜR EINEN MITTELSTANDSGERECHTEN DIGITALISIERUNGSPROZESS

Zum Ende des Jahres finalisierte die AG Mittelstand ein weiteres Papier. In elf Kapiteln werden die gemeinsam verorteten mittelstandsgerechten Rahmenbedingungen des Digitalisierungsprozesses notiert:

POSITION ZUR BESSEREN RECHTSETZUNG

Im August 2017 einigte sich die Runde zudem auf zehn Vorschläge für eine Weiterentwicklung der „Besseren Rechtsetzung“ in Deutschland. Diese sind:

- » Gesetzgebung nachvollziehbar dokumentieren – Potenziale der Gesetzesbegründung ausschöpfen.
- » Flächendeckende Breitbandversorgung ist unabdingbar.
- » Datenschutz muss angemessen und ausgewogen bleiben.
- » Plattformökonomie erfordert faire Wettbewerbsbedingungen.
- » Ökonomische Verfügbarkeit von Daten muss gewährleistet sein.

- » Digitalisierung muss bildungspolitisch weiter unterfüttert werden.
- » Arbeitsflexibilität bleibt unverzichtbar.
- » Digitalisierung erfordert angemessene Finanzierung.
- » IT-Sicherheit muss weiter erhöht werden.
- » Digitale Standardisierung wird immer wichtiger.
- » E-Government muss endlich in der Breite vorangebracht werden.
- » Der Mittelstand benötigt weiterhin Digitalisierungsunterstützung.

BMW-GESPRÄCH ZUM DIENSTLEISTUNGSPAKET

Brigitte Zypries, seinerzeitige Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, traf am 27. April 2017 Spitzenvertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften zu einem Gespräch über das Dienstleistungspaket. Der BFB war durch seinen seinerzeitigen Präsidenten Dr. Horst Vinken sowie Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer vertreten. Dr. Vinken brachte dabei die Bedenken des BFB hinsichtlich der einzelnen Komponenten des Dienstleistungspakets – insbesondere der Dienstleistungskarte – vor. Die gebündelte Kritik der deutschen Spitzenorganisationen – darunter der BFB – am Dienstleistungspaket fand Gehör. In einer Pressemitteilung anlässlich des Gesprächs bekannte sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) zum engen Schulterschluss. Darin stellte Bundesministerin Zypries fest, dass das Dienstleistungspaket der Europäischen Kommission über das Ziel hinauschießt. Zur Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte heißt es, es bestehe die Gefahr, dass bestehende nationale Regelungen wie die Mitgliedschaft in Selbstverwaltungskörperschaften oder unternehmensbezogene Anforderungen für Freie Berufe unterlaufen werden. Zudem bestehe durch die sogenannte „Verhältnismäßigkeitsprüfung“ die deutliche Gefahr, dass die Kompetenz der

Mitgliedstaaten eingeschränkt werden könnte. Kritisch betrachtet werden auch die Pläne zum Notifizierungsverfahren. Dieser Vorschlag werfe Fragen hinsichtlich der Gewaltenteilung und der Kompetenz der demokratisch legitimierten, nationalen Gesetzgeber auf. Da insbesondere das Handwerk und die Freien Berufe, aber auch die Bauwirtschaft und die Dienstleistungsbranche insgesamt, direkt betroffen sind, setzte sich das BMWi in Brüssel mit Nachdruck für einen gut austarierten, freien, fairen und sozialen europäischen Binnenmarkt für Dienstleistungen und deutsche Interessen ein.



Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

GESPRÄCH MIT EU-KOMMISSAR OETTINGER AUF INITIATIVE DER WPK

Auf Initiative der Wirtschaftsprüferkammer (WPK) fand am 4. Mai 2017 in Brüssel ein Gespräch mit Günther Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, statt. Thema war das Dienstleistungspaket. Das Gespräch zeigte die unterschiedlichen Einschätzungen zu den Auswirkungen einzelner Bestandteile des Pakets auf die freiberufliche Praxis. An dem Austausch nahmen teil Gerhard Ziegler, WPK-Präsident, Dr. Reiner J. Veidt, WPK-Geschäftsführer, der seinerzeitige BFB-Präsident Dr. Horst Vinken und Harald Elster, seinerzeitiger BFB-Vizepräsident sowie Schatzmeister und amtierender Präsident des Deutschen Steuerberaterverbands.

Dr. Vinken ging insbesondere auf die drei Legislativdossiers des Dienstleistungspakets ein. Im Nachgang zu diesem Gespräch entstand ein BFB-Papier mit den Hauptkonfliktlinien bezüglich der Dossiers Dienstleistungskarte, Verhältnismäßigkeitsprüfung und Notifizierungsverfahren. Dieses leitete der BFB anschließend an EU-Kommissar Oettinger weiter.

AUSTAUSCH MIT UNAPL

Zwischen Vertretern des BFB und der Union Nationale des Professions Libérales (UNAPL) fand im Verlauf des Berichtszeitraums am 2. Juni 2017 ein erstes Gespräch in Paris statt. Für den BFB nahmen der seinerzeitige Vizepräsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer und Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer in Brüssel teil. Vonseiten UNAPLs waren unter anderem Michel Chassang, UNAPL-Präsident, und François Blanchecotte, bei UNAPL verantwortlich für den Bereich EU-Angelegenheiten, anwesend. Hinsichtlich der Bewertung des Dienstleistungspakets teilen UNAPL und der BFB zentrale Kritikpunkte.



V. l.: Michel Chassang, Präsident Union Nationale des Professions Libérales, BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer

Ein nächstes Treffen fand statt am 17. Oktober 2017. Der BFB, vertreten durch seinen Präsidenten Prof. Dr. Wolfgang Ewer und Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer, kam mit den UNAPL-Repräsentanten in Brüssel zusammen. Das bestehende Freundschaftsabkommen wurde erneuert.

EUROPATAG DER BZÄK

Rund 90 Gäste aus den europäischen Institutionen und verschiedenen Verbänden folgten der Einladung zum 12. Europatag der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) am

7. Juni 2017 nach Brüssel, um eine intensive Erörterung des Dienstleistungspakets zu verfolgen. Prof. Dr. Anne Schäfer, Professorin für Sozial- und Gesundheitsrecht an der Hochschule Fulda, kritisierte in ihrem Impulsreferat insbesondere die Herangehensweise der Europäischen Kommission beim Richtlinienvorschlag für eine Verhältnismäßigkeitsprüfung aus wissenschaftlicher Perspektive. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion mit dem Titel „Die Auswirkungen des Verhältnismäßigkeits-tests auf die freien (Heil-)Berufe“ verlief eine zentrale Diskussionslinie entlang der Fragen, ob freie Heilberufe mit allgemeinen Dienstleistungen überhaupt gleichgesetzt werden können und ob es nicht notwendig sei, die freien Heilberufe vom Anwendungsbereich der Verhältnismäßigkeitsprüfung auszunehmen. In diesem Zusammenhang forderte Dr. Peter Engel, BFB-Vizepräsident und BZÄK-Präsident, ein Ende der rein ökonomischen Betrachtung der freien Heilberufe. Sollte die Nivellierungspolitik so fortgesetzt werden, leide darunter die Qualität. Den Preis müssten dann ausschließlich die Verbraucher und Patienten bezahlen. In einem nächsten Diskussionsforum stellte BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer die Ergebnisse der vom BFB in Auftrag gegebenen Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“ vor (siehe Seite 35). Die Studie zeige unter anderem, dass in den freiberuflichen Vertrauensgütermärkten die Deregulierung zu Wohlfahrtsverlusten führe. Dies könne nicht Ziel der Politik sein, so Dr. Bauer.



V. l.: Hendrik Kafsack, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Prof. Dr. Anne Schäfer, Professorin für Sozial- und Gesundheitsrecht an der Hochschule Fulda, Bernhard Zaglmayer, Europäische Kommission, Dr. Peter Engel, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundeszahnärztekammer, Norbert Lins MdB (EVP), Ortwin Schulte, Referatsleiter Gesundheit an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union

BERLINER WORKSHOP ZUR DICE-STUDIE



V. l.: BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Prof. Dr. Alexander Rasch, Dr. Christian Waibel

Am 6. Juli 2017 präsentierte der BFB in Berlin die beim Duesseldorf Institute for Competition Economics (DICE) beauftragte Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“ ausgesuchten Pressevertretern und im Anschluss auch der politischen Öffentlichkeit in einem gesonderten Workshop. BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer und zwei Autoren der Studie, Prof. Dr. Alexander Rasch sowie Dr. Christian Waibel, tauschten sich in einer lebhaften und reichhaltigen Diskussion mit Vertretern aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie dem Bundeskanzleramt aus. Die Resonanz zu der Studie war und ist positiv; dem BFB wurde zwischenzeitlich mehrfach bescheinigt, dass die Studie mit ihrer explizit ökonomisch angelegten Argumentation zur richtigen Zeit vorgelegt wurde; schließlich befassen sich die Bundesregierung, aber auch die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit und die Europäische Kommission mit der Frage, wie Dienstleistungsmärkte funktionieren (siehe Seite 35).

AUSTAUSCH MIT BUNDESMINISTER ALTMAIER

Bundesminister Peter Altmaier, seinerzeitiger Chef des Bundeskanzleramts, empfing das neu gewählte BFB-Präsidium am 13. Juli 2017 zu einem Meinungsaustausch im Bundeskanzleramt. Das Treffen stand vor dem Hintergrund der Brüsseler Beratungen zum Dienstleistungspaket und der Klage, die die Europäische Kommission beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) eingelegt hat; aufgegriffen wurden zudem die Herausforderungen der Digitalisierung. Bundesminister Altmaier zeigte sich erfreut über die positive Wirtschaftsentwicklung der Freien Berufe. Die Politik stehe auch künftig an der Seite der Freien Berufe. Er betonte, die Bundesregierung teile die Bedenken der Freien Berufe zur Dienstleistungskarte. Auch bei der Klage zur HOAI vor dem EuGH stehe die Bundesregierung an der Seite der Freien Berufe.



V. l.: BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer, Hans-Ullrich Kammerer, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundesingenieurkammer, Dr. Björn Demuth, BFB-Vizepräsident und Präsident des Landesverbands der Freien Berufe Baden-Württemberg, Peter Altmaier MdB, seinerzeitiger Chef des Bundeskanzleramts und Bundesminister für besondere Aufgaben, Dr. Andreas Gassen, BFB-Vizepräsident und Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Friedemann Schmidt, BFB-Vizepräsident und Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, Gerhard Albrecht, BFB-Vizepräsident sowie BFB-Schatzmeister und Vizepräsident der Wirtschaftsprüferkammer

DIALOG MIT DEM BDI

Ein erster Austausch zwischen den seit dem Jahr 2017 neuen Verbandsspitzen von BFB und Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) fand Ende September 2017 in Berlin statt. Prof. Dieter Kempf, BDI-Präsident seit Jahresbeginn 2017, begrüßte BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer und die BFB-Vizepräsidenten Dr. Raoul Riedlinger, Präsident der Bundessteuerberaterkammer, und Hans-Ullrich Kammeyer, Präsident der Bundesingenieurkammer. BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer komplettierte das BFB-Quartett. Intensiv diskutiert wurde beispielsweise über den digitalen Wandel. Hier steht jeder Sektor der Wirtschaft vor besonderen Herausforderungen. Vereinbart wurde, den Austausch zu vertiefen.



V. l.: Berthold Welling, Abteilungsleiter „Steuern und Finanzpolitik“ beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Ullrich Kammeyer, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundesingenieurkammer, BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Prof. Dieter Kempf, BDI-Präsident, Dr. Raoul Riedlinger, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundessteuerberaterkammer, BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer

ANTRITTSBESUCH IM BMI

Im Rahmen eines politischen Meinungsaustauschs nahm Prof. Dr. Wolfgang Ewer in seiner Funktion als BFB-Präsident den Gesprächsfaden mit dem seinerzeitigen Bundesministerium des Innern (BMI) Ende September 2017 auf. Hans-Georg Engelke, Staatssekretär im BMI, empfing Prof. Dr. Ewer, der von BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer begleitet wurde. Thematisiert wurden unter anderem die Digitalisierung, die Datenschutz-Grundverordnung sowie kontraproduktive Implikationen der Empfehlungen des sogenannten PANA-Ausschusses des Europäischen Parlaments auf die Freien Berufe. Staatssekretär Engelke würdigte die Freien Berufe und deren Leistung ausdrücklich. Konsens

bestand darüber, dass die Freien Berufe eine besondere Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft innehaben, die We-
senselemente wie beispielsweise die Berufsgeheimnis-
trägereigenschaft bedingen.



V. l.: Jörg Eickelpasch, Leiter des Referats V II 4 Datenschutzrecht und Reform des Datenschutzes in Deutschland und Europa im seinerzeitigen Bundesministerium des Innern (BMI), BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer, Hans-Georg Engelke, Staatssekretär im BMI, BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer

GESPRÄCH MIT DEM VDB

Ein nächster Antrittsbesuch führte BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer Ende September 2017 zu Guy Selbherr, Vorstandsvorsitzender des Verbands Deutscher Bürgschaftsbanken (VDB). Mit von der Partie waren VDB-Geschäftsführer Stephan Jansen und BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer. Im Fokus stand die Fördersituation der Freien Berufe durch die Bürgschaftsbanken und zu erwartende Veränderungen etwa infolge der Digitalisierung.



V. l.: Stephan Jansen, Geschäftsführer des Verbands Deutscher Bürgschaftsbanken (VDB), BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Guy Selbherr, VDB-Vorstandsvorsitzender, BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer

ANHÖRUNG ZUM DIENSTLEISTUNGSPAKET

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament diskutierte am 27. September 2017 mit Interessenvertretern die drei Legislativdossiers des Dienstleistungspakets. Der BFB wurde vertreten von Friedemann Schmidt, BFB-Vizepräsident und Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (links im Bild). Schmidt unterstrich, dass die Freien Berufe und insbesondere die im Gesundheitswesen tätigen Berufe nicht pauschal mit der allgemeinen Wirtschaft gleichbehandelt werden dürften.



SYMPOSIUM IN WIEN

Freiberuflichkeit in Gefahr – das ist das eindeutige Fazit, das am 28. September 2017 bei dem vom Forschungsinstitut für Freie Berufe der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien und der Ärztekammer für Wien organisierten Symposium gezogen wurde. Zu den Vortragenden zählten zahlreiche Spitzenrepräsentanten der österreichischen Freiberufler sowie Prof. Mag. Dr. Leo W. Chini, Vorstand des Forschungsinstituts für Freie Berufe der WU Wien. Die deutschen Freien Berufe repräsentierte Dr. Björn Demuth, BFB-Vizepräsident und Präsident des Landesverbands der Freien Berufe Baden-Württemberg. Zum zunehmenden Deregulierungsdruck der Europäischen Kommission sagte er: „Mit den verschiedensten Attacken werden wir Freien

Berufe in unserer Substanz angegriffen. Wer über uns spricht, muss zwingend auch über die Freiberufler-DNA, die Gemeinwohlorientierung, sprechen.“



Dr. Björn Demuth, BFB-Vizepräsident und Präsident des Landesverbands der Freien Berufe Baden-Württemberg

DIALOG MIT DER APOBANK

Zeitnah nach dem Amtsantritt von Ulrich Sommer als Vorsitzendem des Vorstands der Deutschen Apotheker- und Ärztebank (apoBank) am 1. September 2017 fand Anfang Oktober 2017 ein Meinungsaustausch statt. Daran nahmen zudem Dr. Thomas Siekmann, Stellvertretender Vorsitzender des apoBank-Vorstands – Ressort Finanzen und Controlling, Walter Kollbach, apoBank-Aufsichtsratsmitglied, BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer sowie BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer teil. Erörtert wurde insbesondere der Wandel der Arbeitswelt in Zeiten der Digitalisierung.

BRÜSSELER WORKSHOP ZUR DICE-STUDIE

Der BFB stellte am 16. Oktober 2017 in Brüssel seine Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“ vor. BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer begrüßte Workshop-Teilnehmer aus dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission sowie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Im Zentrum des Gemeinwohls stehe immer der Mensch, so BFB-Präsident Ewer; eine

Politik, die sich danach ausrichte, sei gelebte Bürgernähe (siehe Seite 35).

POLITISCHER ABEND IN BRÜSSEL

Der jährlichen Einladung des BFB-Präsidiums zum festlichen Abendessen am 16. Oktober 2017 in Brüssel folgten rund 40 Gäste aus den europäischen Institutionen. Dr. Andreas Schwab MdEP (EVP) informierte in seinem Vortrag über die Beratungen zum Dienstleistungspaket im Europäischen Parlament. Gastredner Günther Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, betonte die Bedeutung der Freien Berufe in Europa. Qualität als Kernelement der Freien Berufe sei auch der Europäischen Kommission ein wichtiges Anliegen. Jedoch sah EU-Kommissar Oettinger diese vorrangig durch die hochwertige Ausbildung gewährleistet.



V.l.: Günther Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Dr. Andreas Schwab MdEP (EVP)

Vonseiten des BFB nahmen teil: BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Gerhard Albrecht, BFB-Vizepräsident sowie Schatzmeister und Vizepräsident der Wirtschaftsprüferkammer, Dr. Björn Demuth, BFB-Vizepräsident und Präsident des Landesverbands der Freien Berufe Baden-Württemberg, Dr. Peter Engel, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundeszahnärztekammer, Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsi-

dentin der Bundesarchitektenkammer, Hans-Ullrich Kammeyer, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundesingenieurkammer, Dr. Raoul Riedlinger, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundessteuerberaterkammer, Friedemann Schmidt, BFB-Vizepräsident und Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände sowie BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer.



EUROPÄISCHES MANIFEST DER FREIEN BERUFE

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) als beratende Einrichtung der Europäischen Union lud am 1. Dezember 2017 zu einer Tagung nach Rom ein. In international und hochrangig besetzten Panels wurde der Beitrag vermessen, den die europäischen Freien Berufe zur Entwicklung der EU beisteuern.

Vor dem Hintergrund, dass bislang ein einheitliches Verständnis zur Begrifflichkeit „Freier Beruf“ in Europa fehlt, wurde ein „Europäisches Manifest der Freien Berufe“ vorgestellt. Es arbeitet die Kriterien heraus, die einen Freien Beruf definieren: Dazu gehören die eigenverantwortliche und fachlich unabhängige Erbringung von Dienstleistungen auf Grundlage einer hohen Qualifikation, eines besonderen Berufsethos und eines Systems der beruflichen Kontrolle, zum Beispiel der Kammern. In das Manifest flossen Vorüberlegungen ein, die der Dachverband der europäischen

Zahnärzte erarbeitet hatte. „Wir brauchen endlich ein Verständnis in Europa darüber, was Freie Berufe besonders macht – und welche gesellschaftliche Sonderstellung sie haben“, so Dr. Peter Engel, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundeszahnärztekammer. BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer gestaltete mit weiteren Impulsgebern das Podium zum Thema „The regulation of liberal professions in Europe – between market and common constitutional traditions“.



BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer

In seinen Ausführungen unterstrich er, dass sich etwa durch den Gemeinwohlbezug konsequenterweise auch der freiberufliche Rechtsrahmen für den Berufszugang und die Berufsausübung von anderen Bereichen der Wirtschaft unterscheidet. Sein Appell: „Die Europäische Kommission sollte die besondere Rolle der deutschen wie auch aller europäischen Freien Berufe anerkennen und ihnen einen weiten und nicht ständiger bürokratischer Kontrolle unterworfenen Spielraum für die Entwicklung ihrer Berufsrechte einräumen.“ Schließlich erbrachten die Freien Berufe als Innovatoren und Adressaten für die Fragen von morgen auch weiterhin wichtige Impulse für den europäischen Binnenmarkt. Dieser könne von leistungsstar-

ken Freien Berufen deutlich profitieren – auch weil er sich nur über intelligentes Wachstum in einer globalen Welt behaupten könne.



SPEZIAL: BUNDESTAGSWAHL 2017

2017

Bundestagswahl

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 24. September 2017 analysierte der BFB die Wahlprogramme der im 18. Bundestag vertretenen Parteien. Die extrahierte Zusammenschau zeigt, was die Parteien in der nächsten Legislaturperiode für die Freien Berufe geplant haben.

Bereits zu Jahresbeginn 2017 hatte der BFB mit seinen Mitgliedern die Erwartungen der Freien Berufe an die nächste Bundesregierung sowie den nächsten Deutschen Bundestag formuliert:

- » **Steigende Bedeutung freiberuflicher Dienstleistungen anerkennen, politische Weichenstellungen für den Dienstleistungssektor auf gesicherter Datenbasis vornehmen:**
 - Nächsten Bericht zur Lage der Freien Berufe erstellen.
 - Dienstleistungssektor als Querschnittsaufgabe verstehen; ressortübergreifende Koordinierung; differenzierte Betrachtung insbesondere in puncto Freie Berufe.
 - Via Dialogforum den Austausch mit wichtigen Vertretern der Dienstleistungsbranche suchen.
- » **Qualität und Leistungsfähigkeit der Selbstverwaltung erhalten, von Ausweitung staatlicher Einflussnahme absehen:**
 - Kompetenzsphären weiter abgrenzen; Selbstverwaltung ausreichenden Handlungs- und Gestaltungsspielraum geben.
 - Keine Kompetenzen auf die staatliche Ebene zurückverlagern.
 - Sich zu Vorzügen der Selbstverwaltung bekennen und diese stärken.
- » **Freiberuflichen Rechtsrahmen im (europäischen) Dienstleistungsbinnenmarkt stärken statt schwächen:**
 - Leistungswettbewerb statt schrankenlosem Preiswettbewerb.
- Funktionierende, dem Verbraucherschutz und der Qualitätssicherung dienende Elemente (Selbstverwaltung, Kosten- und Honorarordnungen, Regelungen zu Fremdkapital und zur Rechtsform) erhalten, weiterentwickeln und, wo geboten, auf weitere Berufsgruppen ausdehnen.
- Gemäß Subsidiarität mitgliedstaatliche Regelungskompetenz für berufsrechtliche Fragen erhalten/stärken.
- Bei Normung und Standardisierung von Dienstleistungen gesetzliche Regelungen in vielen Mitgliedstaaten beachten.
- Auf eine europaweit umfassende und belastbare statistische Datenerhebung zu den Freien Berufen hinwirken.
- Sich auf europäischer Ebene für eine Legaldefinition der Freien Berufe einsetzen.
- » **Nachhaltigkeit in der Sozialversicherung stärken:**
 - Drei-Säulen-System der Altersvorsorge beibehalten.
 - Altersabsicherung von Selbstständigen durch weitere Anreize zur privaten Vorsorge verbessern.
 - Von einer undifferenzierten und obligatorischen Pflichtversicherung für Selbstständige absehen, zumindest aber Wahlfreiheit bezüglich der Vorsorgeform ermöglichen.



- Bewährte und funktionierende berufsständische Versorgungswerke der Freien Berufe erhalten.
- » **Digitalisierung freiberuflergerecht ausgestalten:**
 - Moderner, möglichst EU-weit einheitlicher, rechtssicherer und praxistauglicher Datenschutz; freiberufertypisches Vertrauensverhältnis zu Mandant, Klient, Patient und Kunde darf auch künftig nicht von Interessen Dritter beeinträchtigt werden; Schutz des Berufsgeheimnisses muss unbedingten Vorrang vor der Erfüllung etwaiger Informationspflichten haben.
 - Modernes und austariertes Urheberrecht schaffen; geistiges Eigentum schützen; Zugang zu Informationen wahren; Lebensgrundlagen der Urheber sichern.
 - Leistungsfähige, sichere und flächendeckende digitale Infrastruktur schaffen.
 - Papierlose Kommunikation mit den zuständigen Berufsgruppen praxismäßig voranbringen.
 - Blick von Industrie 4.0 auf Wirtschaft 4.0 weiten.
- » **Fachkräftebedarf sichern – Qualitätsdumping verhindern:**
 - Attraktivität der dualen Ausbildung durch modernisierte Ausbildungs- und Fortbildungsverordnungen stärken; Berufsbilder im Bereich der Freien Berufe und ihrer Assistenzberufe zeitgemäß gestalten; geschlechterspezifische Zuordnungen überwinden.
 - Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik stärker auf die künftig erforderlichen Kompetenzen und Qualifikationen ausrichten; „Digitale Agenda“ für eine modernere Schulbildung; bestmögliche technische Ausstattung; Konzepte mit systematischen Lernzielen; Strategie zur Vermittlung von digitalen Kompetenzen in der dualen Ausbildung entwickeln.
- Trotz Fachkräftemangel keine Abstriche bei der Qualität der Ausbildung akzeptieren.
- Bei Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt an Sprache und Qualifikation als Schlüsselkompetenzen festhalten.
- Aussagekräftiges Fachkräftemonitoring einführen.
- Haushaltsspielräume für Bildungsinvestitionen nutzen.
- » **Besteuerung von Freiberuflern nicht verschärfen:**
 - Freie Berufe weiterhin von Gewerbesteuer ausnehmen.
 - Von Wiedereinführung der substanzverzehrenden Vermögensbesteuerung absehen.
- » **Ergänzender Forderungskanon:**
 - Verschwiegenheitspflichten der Freien Berufe respektieren und die Verschwiegenheitsrechte der Bürger schützen.
 - Ehrenamtliches Engagement unterstützen; Umsatzsteuerbefreiung für ehrenamtliches Engagement erhalten.
 - Bürokratieabbau auf nationaler und europäischer Ebene mit Blick auf die Belange des Mittelstands – darunter die Freien Berufe – weiter intensivieren.
 - Innerhalb der Bundesregierung die Zuständigkeiten für die Freien Berufe klarer als heute strukturieren und – wo geboten – bündeln. Ebenso muss die Bund-Länder-Abstimmung zu Angelegenheiten der Freien Berufe weiter intensiviert werden.

KOMMUNIKATION, PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PRESSEARBEIT



Intensive Sachinformationen für die Öffentlichkeit waren gleich zu Jahresbeginn geboten, hatte doch die Europäische Kommission am 10. Januar 2017 das Dienstleistungspaket veröffentlicht, das weitreichende Auswirkungen für die Freien Berufe mit sich bringt. Hierzu wurden verbandsintern Positionen erarbeitet, mit politischen Entscheidern diskutiert und Journalisten informiert. Am 19. Januar 2017 sensibilisierten der seinerzeitige BFB-Präsident Dr. Horst Vinken und weitere Mitglieder des BFB-Präsidiums in einem Pressehintergrundgespräch für die Fallstricke der Dossiers. Die Berichterstattung nahm mit den Subsidiaritätsrügen von Deutschem Bundestag und Bundesrat Anfang März 2017 erneut Schwung auf. Der BFB platzierte seine Bedenken in der Öffentlichkeit und im politischen Raum.

„Massive Einbußen bei Qualifikation und Qualität befürchtet.“

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung baute in ihre Ausgabe vom 11. März 2017 diese Einschätzung des seinerzeitigen BFB-Präsidenten Dr. Horst Vinken ein. Die Rheinische Post beispielsweise griff am 22. März 2017 die Befürchtung des BFB auf, dass mit der Dienstleistungskarte das Herkunftslandprinzip durch die Hintertür drohe.

„Das Gemeinwohl macht uns aus.“ – dieses Zitat von Prof. Dr. Wolfgang Ewer stammt aus einem Kurzporträt über

ihn anlässlich seiner Wahl zum BFB-Präsidenten in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 23. Juni 2017.

Am 6. Juli 2017 tauschte sich Prof. Dr. Wolfgang Ewer erstmalig in seiner neuen Funktion als BFB-Präsident mit Journalisten aus. Im Fokus stand die DICE-Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“, die wissenschaftlich abgesicherte Argumente zur Notwendigkeit von Regulierung bei freiberuflichen Dienstleistungen bietet. Am Folgetag des Dialogs titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung „Freiberufler wappnen sich“ und stellte die Ergebnisse dar, mit denen sich der BFB für weitere Auseinandersetzungen in Brüssel rüstet.

„Mehr Freiberufler“ – das vermeldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 20. Juli 2017 exklusiv zur Freiberuflerstatistik 2017. BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer wurde zitiert mit der Feststellung, dass Regulierung kein Selbstzweck, sondern „Verbraucherschutz pur“ sei.

„Freiberufler stellen deutlich mehr Auszubildende ein“ – diese Überschrift setzte die Rheinische Post am 8. August 2017 über eine exklusive Meldung zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen bei den Freien Berufen zum 30. Juni 2017. Vorangegangen war ein Redaktionsgespräch in der Parlamentsredaktion der Rheinischen Post mit BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer am 2. August 2017.

„Freie Berufe stehen für 11 Prozent der Wirtschaft“ – diesen Titel setzte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 3. November 2017 über ihren Exklusivbericht zur aktualisierten Berechnung des Anteils der Freien Berufe am Bruttoinlandsprodukt. Wiedergegeben wird zudem das Resümee von BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer: Die Zahlen seien ein eindeutiges Indiz für die ausgeprägte Wirtschaftskraft der Freien Berufe.

„Freiberufler arbeiten an Kapazitätsgrenze“ – diese Schlagzeile leitete ein in einen Exklusivbericht über die BFB-Konjunkturumfrage Winter 2017 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 15. Dezember 2017.

BFB-MAGAZIN „DER FREIE BERUF“

„der freie beruf“ ist seit vielen Jahren das mediale Aushängeschild des BFB. Mit der ersten Ausgabe des Jahres 2017 hielten seine Leser erstmalig eine komplett überarbeitete Version in Händen. Der BFB-Vorstand hatte den Relaunch in die Wege geleitet. „der freie beruf“ ist jetzt noch leserfreundlicher und lesenswerter; er bietet eine zeitgemäße, moderne Optik und Themen, die auf die Freien Berufe zugeschnitten sind. „der freie beruf“ stellt hierzu in der neuen Rubrik „Profil“ Kernelemente der Freien Berufe gezielt in den Mittelpunkt. Er wirbt auch weiterhin für die Standpunkte des BFB und berichtet über Wissenswertes aus Berlin und Brüssel sowie aus den BFB-Mitgliedsorganisationen. Zu wichtigen Themen steht der BFB mit „der freie beruf“ natürlich weiter im Dialog mit Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft. Seit dem Jahr 2017 erscheint „der freie beruf“ in vier statt bisher sechs Ausgaben.

Mit der ersten Ausgabe des Jahres 2017 richtete der BFB den Blick nach Europa. Der tschechische Liberale Andrus Anspic, Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar für den digitalen Binnenmarkt, stand in einem Interview Rede und Antwort zur digitalen Zukunft Europas. Der Schutz der persönlichen Daten sei essenziell für den Erfolg des digitalen Binnenmarkts, so Anspic. Manfred Weber, Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament,

rief dazu auf, das Subsidiaritätsprinzip zu wahren. Dr. Irmfried Schwimann, stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der EU-Kommission, skizzierte die Sicht der EU-Kommission zum Dienstleistungspaket.

Für die zweite Ausgabe mit dem Thema „Bildung“ griff

Prof. Dr. Johanna Wanka, seinerzeitige Bundesministerin für Bildung und Forschung, zur Feder. Sie sagte „digitale Kompetenz ist Kulturtechnik“. Brigitte Zypries, seinerzeitige Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, attestierte den Freien Berufen „hohe Qualität und hohes Ansehen“. Außerdem übte sie Kritik am Dienstleistungspaket.

Die dritte Ausgabe von „der freie beruf“ erschien im August und stand ganz im Zeichen der Bundestagswahl 2017. Die Spitzenkandidaten der im 18. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien – Dr. Angela Merkel, Martin Schulz, Dr. Sahra Wagenknecht sowie Dr. Dietmar Bartsch, Cem Özdemir und Joachim Herrmann – gaben einen Ausblick auf ihre politischen Vorhaben für die Freien Berufe in der nächsten Legislaturperiode. Auf große Beachtung bei der Leserschaft stießen die Analyse der Wahlprogramme der Parteien in freiberuflicher Lesart und die Forderungen der Freien Berufe an die nächste Bundesregierung und den nächsten Deutschen Bundestag, die der BFB mit seinen Mitgliedern bereits zu Beginn des Jahres 2017 formuliert hatte.

Für die vierte und damit letzte Ausgabe des Jahres war das Thema „Demografie“ reserviert. Was auf unser Land zukommt und wie die Wissensgesellschaft den demografischen Wandel in seinen unterschiedlichsten Ausprägungen mitgestaltet, dazu hatte „der freie beruf“ Fachleute außerhalb der politischen Institutionen um ihre Einschätzung gebeten.

Das Magazin kommt gut an. So veröffentlichte die seinerzeitige Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Wanka ihren Namensbeitrag auch im ministeriumsinternen Pressespiegel. Und mehr noch, „der freie beruf“ wird nicht nur in Publikationen der BFB-Mitgliedsorganisationen sowie deren Untergliederungen zweitverwertet, sondern auch in weiteren Medien: „Schulz schätzt Freiberufler“ – so stand es in der Deutschen Apothekerzeitung vom 21. August 2017. Quelltext war das Statement des SPD-Spitzenkandidaten für die „der freie beruf“-Ausgabe zur Bundestagswahl.



BFB-WEBSITE

Mit einem komplett neuen Angebot ging der BFB Ende Oktober 2017 online. Den Startschuss für die Neukonzeption hatte der BFB-Vorstand in seinen zurückliegenden Sitzungen gegeben. Optik und Struktur, Inhalte und Navigation sind grundlegend überarbeitet worden. Die gemeinsam mit den BFB-Mitgliedsorganisationen erarbeiteten Positionen werden ansprechend präsentiert. Wissenswerte Fakten über die Freien Berufe sind leicht zu finden und zentrale Informationen zu den Freien Berufen und zum BFB übersichtlich gestaltet.

Seine Zielgruppen spricht der BFB mit einem zeitgemäßen Design und einer effizienten Nutzerführung an. Vom Verbandsporträt bis hin zum Presse-

bereich ist die Struktur serviceorientiert. Ganz oben auf der Startseite stehen schlaglichtartig die wichtigsten Fakten und Inhalte rund um den BFB und die Freien Berufe. Unter „Aktuelles“ sind weitere Argumente und Tatsachen gelistet. „Themen“ bietet eine Tour d’Horizon zu den Feldern, mit denen sich der BFB schwerpunktmäßig beschäftigt. Unter „Inhalte und Fakten“ finden sich hilfreiche Argumente.

www.freie-berufe.de



WIRTSCHAFT, BESCHÄFTIGUNG, BILDUNG

Die Bedeutung der Freien Berufe für Wirtschaft und Gesellschaft geht zwar weit über ökonomische Aspekte hinaus – die Gemeinwohlorientierung ist ihr Alleinstel-

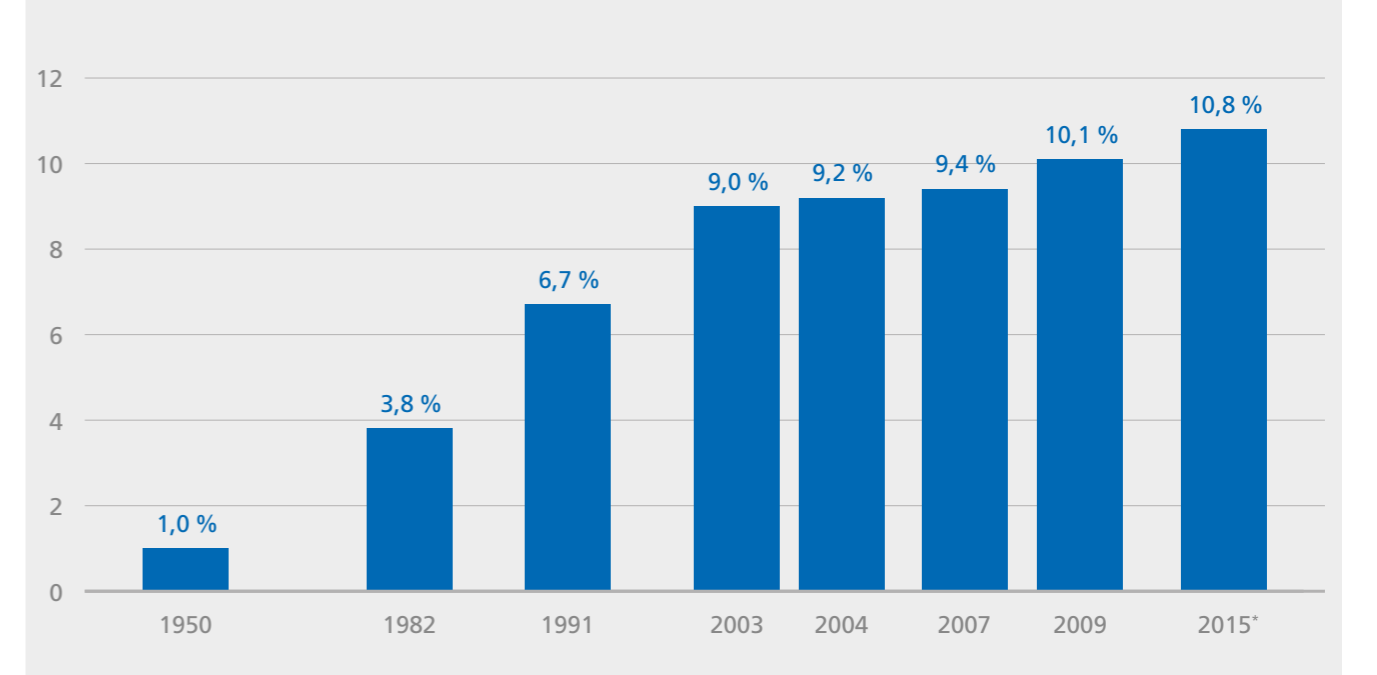
lungsmerkmal –, doch auch ihre Bedeutung als Wachstums- und Beschäftigungsmotor ist für sich genommen von herausragender Bedeutung.

BIP-ANTEIL DER FREIEN BERUFE STEIGT

Für den BFB berechnete das Institut für Freie Berufe Nürnberg (IFB) den jüngsten verfügbaren Wert des Bruttoinlandsprodukts; er bezieht sich aufgrund statistischer Vor- und Nachlaufzeiten auf das Jahr 2015. Die Freien Berufe steuern 10,8 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Dies entspricht 327 Milliarden Euro (zum Vergleich: 1950 – 1,0 Prozent; 1991 – 6,7 Prozent).

Die Nachfrage nach freiberuflichen Dienstleistungen steigt erkennbar weiter an. Wissensbasierte Dienstleistungen haben ein unvermindert hohes Wachstumspotenzial. Davon profitieren der Standort Deutschland und auch der europäische Binnenmarkt.

Anteil der Freien Berufe am Bruttoinlandsprodukt 1950 – 2015



*Aufgrund von Änderungen der Datenbasis und einhergehender Neuberechnung sind die Werte ab 2015 nur eingeschränkt mit den Vorjahren zu vergleichen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, z. T. geschätzt anhand eigener Erhebungen, eigene Berechnungen

FREIE BERUFE ALS WIRTSCHAFTSFAKTOR

werden immer mehr

Die Zahl der Selbstständigen in den Freien Berufen steigt ununterbrochen an. Anfang des Jahres 2017 lag die Zahl bei 1,38 Millionen. Seit dem Jahr 1992, als erstmalig gemeinsame Zahlen für Ost- und Westdeutschland berechnet wurden, hat sich die Zahl mehr als verdoppelt. Damit werden die Freiberufler auch als Säule der Selbstständigen immer wichtiger.

leisten immer mehr

Zusammen mit ihren Beschäftigten erzielen die Freien Berufe einen immer höheren Anteil am Bruttoinlandsprodukt (siehe Seite 27).

Freiberufler unter den Selbstständigen

1950*	6,6 %
1992	16,6 %
2017	32,1 %

FREIE BERUFE ALS ARBEITGEBER

beschäftigen immer mehr

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Freien Berufen insgesamt steigt unvermindert an.

Bei den Freien Berufen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

1977*	640.566
1992	1.350.000
2017	3.299.000

FREIE BERUFE ALS AUSBILDER

sind der drittgrößte Ausbildungsbereich in Deutschland und bieten Jugendlichen eine krisensichere sowie perspektivreiche Ausbildung

haben einen Frauenanteil von rund 92,5 Prozent

weisen mit 11,5 Prozent den höchsten Ausländeranteil unter allen Ausbildungsbereichen auf

Die Freien Berufe haben die höchsten Zuwächse der gesamten Wirtschaft (sowohl prozentual als auch in absoluten Zahlen) bei neuen Auszubildenden und trotzen damit erfolgreich dem gesamtwirtschaftlich rückläufigen

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September

	2016	2017	
Bundesgebiet	44.125	44.941	+ 1,8 %
Alte Länder	39.499	40.130	+ 1,7 %
Neue Länder	4.626	4.811	+ 3,0 %

Trend hin zu immer weniger Ausbildungsbewerbern. Im Erhebungszeitraum wurden von den Kammern der Freien Berufe 44.941 Ausbildungsverträge registriert. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1.509 Verträge beziehungsweise 1,8 Prozent.

*Werte für Westdeutschland

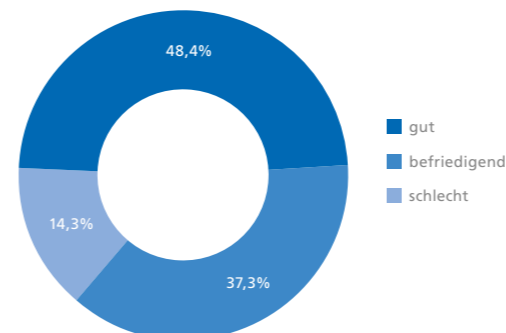
KONJUNKTURUMFRAGEN

Im Auftrag des BFB führt das Institut für Freie Berufe in Nürnberg (IFB) zwei Mal im Jahr die Freiberufler-Konjunkturumfrage durch. Geschäftslage und -erwartungen werden ebenso abgefragt wie die Personalplanung. Ein Sonderthema wird aufgegriffen, sofern dafür Bedarf besteht.

SOMMERUMFRAGE 2017

In der Sommerumfrage 2017 bewerteten die befragten Freiberufler ihre aktuelle Geschäftslage ausgesprochen positiv: 48,4 Prozent aller Befragten schätzten ihre Situation als gut, 37,3 als befriedigend und nur 14,3 Prozent als schlecht ein. Alle vier Freiberufler-Gruppen verzeichneten einen positiven Saldo. Besonders zufrieden zeigten sich die Befragten aus dem technisch-naturwissenschaftlichen Bereich gefolgt vom Bereich Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung, den Heilberufen sowie den Kulturberufen.

Einschätzung der aktuellen Geschäftslage

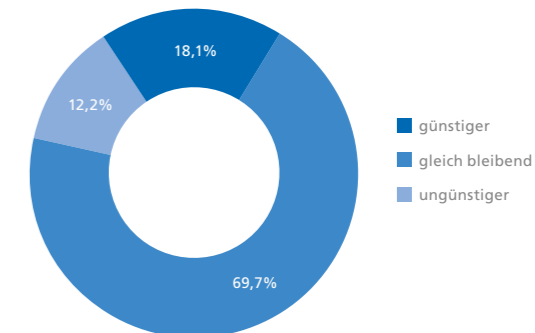


Quelle: Institut für Freie Berufe Nürnberg

Für die anstehenden sechs Monate ging die überwiegende Mehrheit der befragten Freiberufler von einer stabilen Entwicklung aus. Gefragt nach ihren Erwartungen binnen des nächsten Halbjahres rechneten 18,1 Prozent der Befragten mit einer günstigeren, 69,7 Prozent mit einer gleich bleibenden und 12,2 Prozent mit einer ungünstigeren Entwicklung. Alle vier Freiberufler-Gruppen waren größtenteils optimistisch: Die befragten rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Freiberufler waren am zuversichtlichsten, gefolgt von den technisch-natur-

wissenschaftlichen Freiberuflern, den freien Kulturberufen und den freien Heilberufen.

Einschätzung der Geschäftslage für das kommende Halbjahr



Quelle: Institut für Freie Berufe Nürnberg

Bei der Personalplanung für die kommenden beiden Jahre zeichnete sich ein positives Bild ab: 17,6 Prozent der Befragten wollten binnen zwei Jahren mehr Mitarbeiter beschäftigen, 70,7 Prozent rechneten mit einer gleichbleibenden und 11,7 Prozent mit einer rückläufigen Mitarbeiterzahl.

Spezial „Teilzeit“

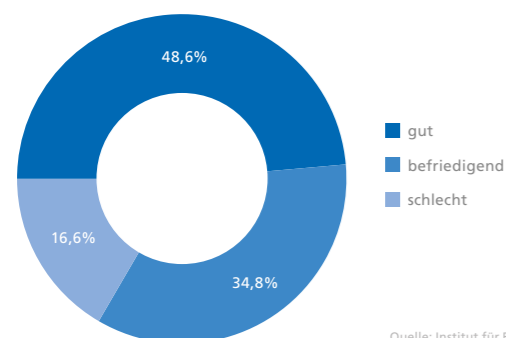
Spezialthema war die Teilzeit und ein korrespondierender, mittlerweile der politischen Diskontinuität anheimgefallener Gesetzentwurf (Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts). Die Befragungsergebnisse zeigen, dass aus Sicht der Freien Berufe ein allgemeines Recht auf befristete Teilzeit, gekoppelt mit einem einklagbaren Rückkehrrecht zur Vollzeitbeschäftigung, angesichts der zu erwartenden zusätzlichen Bürokratie kontraproduktiv, weil beschäftigungshemmend wäre. Dieser Befund trägt auch der Tatsache Rechnung, dass flexible und mitarbeiterfreundliche Arbeitszeitregelungen bei den Freiberuflern ohnehin gelebte Praxis sind.

WINTERUMFRAGE 2017

In der Winterumfrage 2017 wurde der regelmäßig erhobene Teil erstmalig um den Aspekt Kapazitätsauslastung erweitert.

Ihre aktuelle Geschäftslage beurteilten 48,6 Prozent der befragten Freiberufler als gut, 34,8 Prozent als befriedigend und 16,6 Prozent als schlecht. Bei allen vier Freiberufler-Gruppen war die Lageanalyse positiv: Besonders zufrieden zeigten sich die Befragten aus dem technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, gefolgt von den rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen und den Heilberufen. Skeptischer waren die freien Kulturberufe.

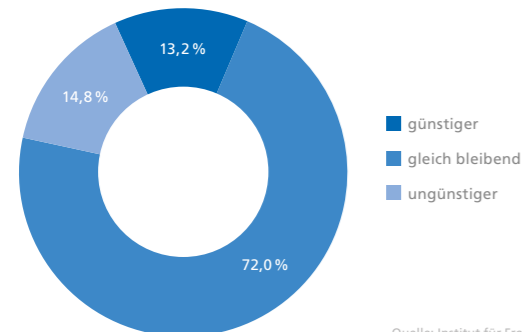
Einschätzung der aktuellen Geschäftslage



Quelle: Institut für Freie Berufe Nürnberg

Für das anstehende Halbjahr erwarteten 13,2 Prozent der befragten Freiberufler eine günstigere, 72 Prozent eine gleich bleibende und 14,8 Prozent eine ungünstigere Entwicklung. Nuancen ergaben sich bei den einzelnen Freiberufler-Gruppen: Die befragten technisch-naturwissenschaftlichen Freiberufler waren am optimistischsten, gefolgt von jenen aus dem Bereich Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung, den freien Heilberufen und den freien Kulturberufen.

Erwartete Geschäftslage für das kommende Halbjahr



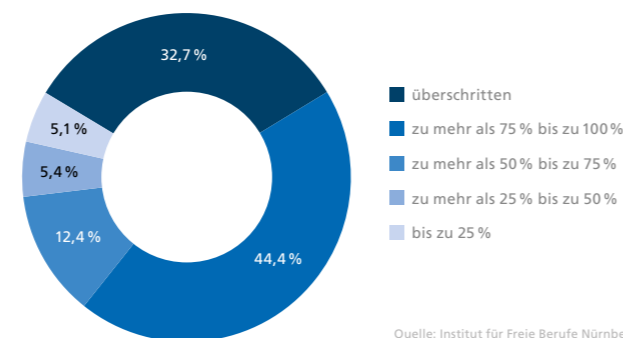
Quelle: Institut für Freie Berufe Nürnberg

Die stabile und tendenziell positive wirtschaftliche Lage spiegelte sich auch in der geplanten Einstellungspraxis wider: 14,8 Prozent der Befragten wollten binnen der kommenden beiden Jahre neue Mitarbeiter einstellen, 68,5 Prozent erwarteten eine gleichbleibende Mitarbeiterzahl und 16,7 Prozent einen Rückgang.

Kapazitätsauslastung

Zum ersten Mal wurden die Freien Berufe auch zur Auslastung ihrer Kapazitäten befragt. Für 32,7 Prozent der Befragten waren diese bereits überschritten, 44,4 Prozent waren zu mehr als 75 Prozent bis zu 100 Prozent ausgelastet, 12,4 Prozent zu mehr als 50 Prozent bis zu 75 Prozent, 5,4 Prozent zu mehr als einem Viertel bis zur Hälfte und 5,1 Prozent bis zu einem Viertel. Von denjenigen, die bereits überausgelastet waren, sind bei knapp zwei Dritteln die Kapazitäten bis zu einem Viertel überschritten gewesen. Von denjenigen, die noch nicht überausgelastet waren, erwarteten 2,8 Prozent der Befragten binnen des nächsten halben Jahres und 5,2 Prozent innerhalb der nächsten zwei Jahre über 100 Prozent ausgelastet zu sein.

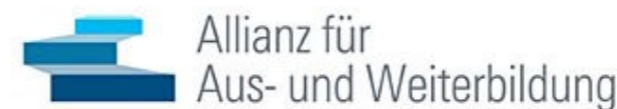
Aktuelle Auslastung der Kapazitäten



Quelle: Institut für Freie Berufe Nürnberg

ENGAGEMENTS FÜR DIE AUSBILDUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG

ALLIANZ FÜR AUS- UND WEITERBILDUNG



Am 23. März 2017 fand das Spitzengespräch der Allianz für Aus- und Weiterbildung statt. Der BFB war vertreten durch den seinerzeitigen Präsidenten Dr. Horst Vinken und Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer. Im Fokus standen die Qualität und Attraktivität der dualen Ausbildung sowie deren Integrationskraft mit Blick auf einheimische wie geflüchtete junge Menschen. Die Allianz für Aus- und Weiterbildung zog eine Erfolgsbilanz: Der Arbeitsmarkt stabilisierte sich im Ausbildungsjahr 2016/2017. Das Förderinstrument der „Assistierte Ausbildung“ – eingeführt im Jahr 2015, um benachteiligten jungen Menschen den Weg in das Arbeitsleben zu erleichtern – wurde im Jahr 2016, dem im Berichtszeitraum letztverfügbaren Wert, von rund 11.600 jungen Menschen und deren Ausbildungsbetrieben in Anspruch genommen. Bewährt haben sich aus Sicht der Allianzpartner auch die Unterstützungsangebote der Berufsschulen beispielsweise im Bereich der Sprachförderung für Zugewanderte. Darüber hinaus wurde das Papier „Die Qualität im Blick: Das Betriebspraktikum für Schülerinnen und Schüler weiterentwickeln“ beschlossen, das Verbesserungsvorschläge enthält, um diese Form der Fachkräftewerbung attraktiver auszugestalten. Im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung wurden mehrere Workshops organisiert, von denen die drei Folgenden von besonderem Interesse für die Freien Berufe waren.

www.aus-und-weiterbildungsallianz.de

Workshop „Herausforderungen der Fachkräftesicherung“

Im Fokus dieses Workshops am 8. Februar 2017 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie standen

Berufe und Regionen, die in besonderem Maße von Passungsproblemen in der beruflichen Ausbildung betroffen sind. Auf eine Abfrage des BFB im Herbst 2016 hin hatten zwei Organisationen – der Deutsche Steuerberaterverband und die Bundesrechtsanwaltskammer – Interesse bekundet, die beiden Ausbildungsberufe der Steuerfachangestellten beziehungsweise der Rechtsanwaltsfachangestellten in den Mittelpunkt dieses Workshops zu stellen. Dieses Petikum wurde jedoch zunächst mit der Begründung zurückgestellt, dass laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit derzeit kein flächendeckender Fachkräftemangel in diesen Ausbildungsberufen bestehe. Stattdessen wurden bei dem Workshop anhand des Fachkräftemangels im Bäckerhandwerk und in der Hotellerie Lösungsansätze erörtert, um die Attraktivität von Berufen mit besonderen Nachwuchsschwierigkeiten zu steigern. Daraus entstand eine Ergebnisdokumentation, die Ansatzpunkte für konkrete Allianz-Maßnahmen lieferte. Im Jahr 2018 sollen erneut weitere Workshops stattfinden; beispielsweise ist eine zweite Ausgabe des Workshops „Herausforderungen der Fachkräftesicherung“ geplant. Der BFB strebt die Setzung der Schwerpunkte auf die Ausbildungsberufe der Freien Berufe an.

Workshop „Höhere Berufsbildung“

Ziel der Veranstaltung am 11. September 2017 beim Zentralverband des Deutschen Handwerks war es, eine Diskussion über die „Höhere Berufsbildung“ anzustoßen. Die „Höhere Berufsbildung“ zielt darauf ab, die berufliche Bildung in bestimmten Bereichen attraktiver zu gestalten. Angesichts zahlreicher konzeptioneller Unklarheiten ist das Meinungsbild im Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB) sehr gespalten. Entsprechend der Position seiner Mitgliedsorganisationen spricht sich der BFB gegen den Vorschlag aus. Angesichts der kontroversen Diskussionen konnte bislang arbeitgeberseitig, also im KWB, keine gemeinsame Position verabschiedet werden. Es ist davon auszugehen, dass sich die Diskussion im Jahr 2018 fortsetzen wird (siehe Seite 34).



Workshop „Mobilität und Flexibilität von Jugendlichen und Ausbildungsbetrieben“

Ziel des Workshops am 11. Oktober 2017 beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie war es, die Ursachen der zunehmenden Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt zu reflektieren und gemeinsam praktische Ansatzpunkte zur lösungsorientierten Linderung der Probleme zu identifizieren. Nach kurzer Präsentation und Diskussion der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Datenlage zum Verhalten von Jugendlichen und Ausbildungsbetrieben (Mobilität und Flexibilität) wurden in drei aufeinander folgenden Sequenzen Best-Practice-Beispiele auf der Ebene der Betriebe, der Auszubildenden und der Regionen und der dortigen Rahmenbedingungen vorgestellt und Wege zur Verbreiterung beziehungsweise zum Transfer dieser Ansätze erarbeitet. Die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung wollen konkrete Schritte zur Umsetzung der Workshop-Ergebnisse vereinbaren.

Ein weiterer Workshop zum Thema „Stärkung der Lernortkooperation Berufsschulen – Betrieb“ soll im Frühjahr 2018 stattfinden.

STIFTUNG BEGABTENFÖRDERUNG

Der BFB ist gemeinsam mit den Spitzenverbänden der gewerblichen Wirtschaft, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks Gesellschafter der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung GmbH. Zum 1. Januar 2017 traten die neuen Förderrichtlinien für das Weiterbildungsstipendium in Kraft. Diese umfassten eine erhöhte Gesamtfördersumme von 7.200 Euro pro Stipendiat, darüber hinaus werden Prüfungskosten für eine Weiterbildung übernommen und ein IT-Bonus von 250 Euro zur Anschaffung eines Computers im ersten Förderjahr in Verbindung mit einer Fortbildungsmaßnahme gewährt. Im Jahr 2017 wurden 1.013 neue Stipendiaten im Programm „Aufstiegsstipendium“ aufgenommen, darunter 44 aus den Freien Berufen. Im Programm „Weiterbildungsstipendium“

wurden im Jahr 2017 6.196 neue Stipendiaten aufgenommen, davon 366 aus den Freien Berufen.



VERA – VERHINDERN VON AUSBILDUNGSABBRÜCHEN



Stark durch die Ausbildung

Seit dem Jahr 2009 beteiligt sich der BFB am Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Verhinderung von Abbrüchen in der Berufsausbildung durch Ausbildungsbegleiter (VerA)“ des Senior Experten Service in Bonn. Mit der Initiative werden Jugendliche bei drohendem Ausbildungsabbruch von einem ehrenamtlichen Berater im Ruhestand unterstützt. Die Projektförderung durch das BMBF war zunächst bis Jahresende 2018 befristet. Auf Bitte des BMBF haben die Spitzenorganisationen der Wirtschaft, darunter der BFB, analysiert, inwieweit in ihrem jeweiligen Bereich tatsächlicher Bedarf an der Kooperation mit VerA besteht, um die Nachhaltigkeit des Programms dokumentieren zu können. Auf der Grundlage der positiven Rückmeldungen hat das BMBF zum Jahresende 2017 entschieden, das Programm zu verlängern. Die Finanzierung ist nun bis zum Jahr 2022 gesichert. Das Programm erreichte im vierten Quartal 2017 die 10.000te Begleitung.

GIRLS'DAY/BOYS'DAY



Der deutschlandweite Girls'/Boys'Day fand am 27. April 2017 statt. Bereits seit Ende 2009 engagiert sich der BFB regelmäßig in den beiden Initiativen, die den Jugendlichen zur Berufsorientierung einen Einblick in verschiedenste Berufe geben, ohne sie bereits vorher auf typische Männer- oder Frauenberufe festzulegen. Einmal pro Jahr öffnen am Mädchen- und Jungen-Zukunftstag Büros, Kanzleien, Praxen, Apotheken, Unternehmen, Betriebe, Behörden, Hochschulen und Forschungszentren ihre Türen. Mädchen und Jungen ab der fünften Klasse sollen durch verschiedene Projekte und Aktionen auch für sie eher untypische Sparten des Berufsspektrums kennenlernen. Freiberufler können so qualifizierte und interessierte Jugendliche für ihre Assistenzberufe kennenlernen.

Der Girls'Day 2017 machte 100.000 jungen Mädchen 10.000 Angebote in Unternehmen, Einrichtungen und Schulen. Der Boys'Day 2017 verzeichnete mit über 30.000 Jungen und mehr als 6.700 Angeboten einen Rekord.

NOVELLIERUNGSVERFAHREN DER BERUFLICHEN BILDUNG

„BERUFSBILDUNG 4.0“

Im Rahmen der „Digitalen Agenda“ der Bundesregierung wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) die Initiative „Berufsbildung 4.0 – Fachkräftequalifikationen und Kompetenzen für die digitalisierte Arbeit von morgen“ ins Leben gerufen. In ihr werden ausgewählte Berufe vertieft auf eventuelle neue Qualifizierungsanforderungen untersucht.

Der BFB begleitete die laufenden Verfahren weiter. Seitens des BFB wurde im Jahr 2016 angeregt, auch einen Ausbildungsberuf der Freien Berufe auf eine



eventuelle Veränderungsnotwendigkeit durch die Digitalisierung der Arbeitsprozesse zu untersuchen. Da eine Einbeziehung in das bereits laufende BMBF/BIBB-Projekt nicht mehr möglich war, wurde stattdessen in Abstimmung mit der Bundessteuerberaterkammer und dem Deutschen Steuerberaterverband eine ergebnisoffene Voruntersuchung des Berufs Steuerfachangestellte/r mit dem BIBB vereinbart.

Erste Erkenntnisse dieser Untersuchung werden für Herbst 2018 erwartet und lassen möglicherweise berufsübergreifende Rückschlüsse auf andere Ausbildungsberufe der Freien Berufe zu.

NEUORDNUNG DER GEREGLTEN BERUFLICHEN FORTBILDUNG FÜR DIE FACHANGESTELLTEN IM BEREICH DER RECHTSANWÄLTE, NOTARE UND PATENTANWÄLTE

Das BIBB untersuchte im Jahr 2017, ob Novellierungsbedarf bei der Aufstiegsfortbildung im Bereich der Rechtsanwalts-, Notar- und Patentanwaltsfachangestellten (ReNoPat) besteht. Der BFB sowie die fachlich betroffenen BFB-Mitgliedsorganisationen (Bundesrechtsanwaltskammer, Bundesnotarkammer und Patentanwaltskammer) vertraten allerdings die Auffassung, dass zunächst erste Erfahrungen mit der erst kürzlich novellierten ReNoPat-Ausbildungsordnung abgewartet werden sollten, bevor eine Entscheidung über die Novellierung der Aufstiegsfortbildung fallen kann. Die Initiative für die Evaluierung ging von der Arbeitnehmerseite im

BIBB aus. Der Abschlussbericht des Entwicklungsprojekts „Vorbereitung der Neuordnung der Aufstiegsfortbildung im Bereich der Rechtsanwalts-, Notar- und Patentanwaltsfachangestellten (FoB ReNoPat)“ wurde am 31. Juli 2017 vom BIBB an das BMBF übersandt. Mitte Januar 2018 soll ein Gespräch im BMBF stattfinden, in dem die Ergebnisse des Evaluationsberichts erörtert werden.

DURCHLÄSSIGKEIT

HÖHERE BERUFSBILDUNG

Im Vorstand des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB) wurde im Berichtsjahr anhand eines Positionspapiers zum Thema „Höhere Berufsbildung“ diskutiert. Der BFB hatte der Erstfassung eines KWB-Positionspapiers zur „Höheren Berufsbildung“ im Februar 2017 in Abstimmung mit seinen Mitgliedsorganisationen zugestimmt. Die fortentwickelte Fassung vom Juli 2017 war jedoch im Kreis der KWB-Mitgliedsorganisationen und auch aus Sicht des BFB nicht mehr konsensfähig, da sie zu sehr auf die Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung abgestellt hat. Die Beratungen zur Verortung der „Höheren Berufsbildung“ in der bestehenden Systematik der beruflichen Bildung sowie zu den Inhalten dauern an und werden sich auch ins Jahr 2018 fortsetzen.

NEUORDNUNG DER FORTBILDUNG DES RESTAURATORS IM HANDWERK

Im Frühjahr 2017 startete der Prozess zur Neuordnung der Fortbildung des Restaurators im Handwerk. Die Neuordnung wird sich auf „Akademische Restauratoren“ auswirken, also auf Restauratoren, die im Regelfall über einen Bachelorabschluss mit vorausgehender praktischer Ausbildung verfügen. Sie sind durch den Verband der Restauratoren im BFB vertreten. Die akademischen Restauratoren sind derzeit im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) auf „Niveau 6“ eingestuft. Demgegenüber wird für die Fortbildung zum Restaurator im Handwerk die Einstufung sogar auf „Niveau 7“ des DQR angestrebt, das dem (akademischen) Master entspricht. Das Neuordnungsverfahren hat insofern

weitreichende Bedeutung für das Verhältnis von akademischer und beruflicher Bildung. Der BFB führte hierzu Gespräche mit Vertretern der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien und mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks.

DEUTSCHER QUALIFIKATIONSRAHMEN

Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) wird in der Arbeitsgruppe DQR/Europäisches Leistungspunktesystem für die Berufsbildung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in mehreren Stufen erarbeitet. Der BFB setzte sich im Berichtszeitraum weiterhin dafür ein, dass die Bildungsabschlüsse der Freien Berufe an angemessener Stelle Berücksichtigung finden. Das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung versuchte im Februar 2017, einen Entwurf für eine Empfehlung des Hauptausschusses des BIBB zur gesetzlichen Regelung des DQR abzustimmen.

Der BFB lehnte eine gesetzliche Verankerung des DQR mit Blick auf die tariflichen und die Anerkennungsimplikationen ab. Auch andere Wirtschaftsorganisationen sowie Vertreter des Bundes sehen noch Beratungsbedarf. Die Diskussion ist dennoch nicht abgeschlossen, in der Sitzung des Hauptausschusses des BIBB am 13. Dezember 2017 wurde das Thema erneut aufgerufen.

FORSCHUNG

Die Freien Berufe sehen sich seit vielen Jahren Forderungen ausgesetzt, ihr Berufsrecht zu deregulieren. Diese Diskussion wird sehr einseitig ökonomisch geführt. Wirtschaftliche Kennzahlen beschreiben die Freien Berufe zwar nur unzureichend. Nichtsdestotrotz müssen sich die Freien Berufe dieser ökonomisch basierten und mit hin deutlich verengten Diskussion stellen.

DICE-STUDIE ZUM WETTBEWERB BEI VERTRAUENSGÜTERN

Im Auftrag des BFB erstellte das Duesseldorf Institute for Competition Economics (DICE) die Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“. Nachdem die Ergebnisse den BFB-Mitgliedsorganisationen vorab in verschiedenen Gremien präsentiert worden waren, fand die offizielle Vorstellung am 6. Juli 2017 in Berlin bei einem Pressegespräch und einem Workshop für die politische Öffentlichkeit statt. Die Studie bietet eine fundierte Argumentation zur Notwendigkeit von Regulierung freiberuflicher Dienstleistungen und stößt in der Fachöffentlichkeit und im politischen Raum auf großes Interesse.

- » Marktzutrittsregeln führen zu Wohlfahrtsverbesserung, höherer Markteffizienz und sichern Qualität.
- » In Vertrauensgütermärkten führt Regulierung, die den Preiswettbewerb einschränkt, zu mehr Qualität und höherer Markteffizienz (das heißt zu Wohlfahrtsgewinnen).
- » Der gebräuchliche Produktivitätsbegriff ist nicht für freiberufliche Dienstleistungen konzipiert. Dies verhindert den objektiven Vergleich zwischen der Produktivitätsentwicklung von Gütern und Dienstleistungen.
- » Der OECD-Regulierungsindikator hat eine begrenzte Aussagekraft bezüglich der tatsächlichen Regulierungsdichte und -wirkung in den Freien Berufen in Deutschland.

Am 16. Oktober 2017 wurden die Resultate in Brüssel mit Vertretern des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission sowie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erörtert. Die Studie ist wissenschaftlich anerkannt und nutzt moderne Methoden. Sie stößt in Fachkreisen auf großes Interesse. Auch die OECD musste einräumen, dass ihr Regulierungsindikator die Besonderheiten der Freien Berufe so nicht abdeckt. Die EU-Kommission zeigte bislang nur geringe Bereitschaft, sich mit der wissenschaftlichen Dimension der Studie auseinanderzusetzen.

Mit der vorliegenden Studie hat der BFB nun wertvolle, schlüssige Argumente zur Hand, um für die Regulierung freiberuflicher Dienstleistungen zu werben.



SCHWERPUNKT DIENSTLEISTUNGSPAKET



Die Europäische Kommission stellte am 10. Januar 2017 das Dienstleistungspaket vor, welches die Freien Berufe unmittelbar betrifft. Das Dienstleistungspaket enthält Maßnahmen, die bereits in der EU-Binnenmarktstrategie vom 28. Oktober 2015 angekündigt wurden. Ziel der EU-Kommission ist es, Wachstum im Dienstleistungsbinnenmarkt zu stimulieren. Das Dienstleistungspaket besteht aus folgenden Initiativen:

- » [Mitteilung über Reformempfehlungen bei bestimmten regulierten Berufen \[COM\(2016\) 820\]](#)
- » [Richtlinienvorschlag zur Reform des Notifizierungsverfahrens \[COM\(2016\) 821\]](#)
- » [Richtlinienvorschlag für eine Verhältnismäßigkeitsprüfung bei zukünftigen Berufsregulierungen \[COM\(2016\) 822\]](#)
- » [Verordnungsvorschlag für die Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte \[COM\(2016\) 824\] sowie einen Richtlinienvorschlag über den rechtlichen und operativen Rahmen einer solchen Karte \[COM\(2016\) 823\]](#)

Das Maßnahmenbündel erhöht den Rechtfertigungsbeziehungsweise Deregulierungsdruck auf die Freien Berufe weiter. Immerhin war ein weiterer ursprünglich vorgesehener Legislativvorschlag zum Abbau regulatorischer Anforderungen (Beschränkungen bei Rechtsform, Fremdkapitalbestimmungen, multidisziplinäre Zusammenarbeit) offenkundig politisch nicht durchsetzbar.

Der BFB positionierte sich unter anderem im Rahmen von Stellungnahmen zu den einzelnen Initiativen.

ELEKTRONISCHE EUROPÄISCHE DIENSTLEISTUNGSKARTE

Besonders der Vorschlag zur Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte wird von Seiten des BFB sehr kritisch gesehen. Der BFB begrüßt zwar grundsätzlich die Absicht, den europäischen (Dienstleistungs-)Binnenmarkt weiterzuentwickeln, sieht aber die Dienstleistungskarte dafür als ungeeignet an. Denn die Dienstleistungskarte würde anerkannt richtige Zielsetzungen wie dem Qualitätswettbewerb und dem Verbraucherschutz einen Bärendienst erweisen.

**PREIS
DUMPING**

Ein Hauptkritikpunkt am Vorschlag zur Dienstleistungskarte sind die zu kurzen Prüffristen für den Aufnahmemitgliedstaat, die in der Konsequenz die Einführung des „Herkunftslandprinzips durch die Hintertür“ bedingen. Denn falls der Aufnahmemitgliedstaat nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen reagiert, sollen Genehmigungsfiktionen greifen. Beispielhaft zu nennen ist hier die finale Prüffrist von einer Woche in Bezug auf den Antrag einer Dienstleistungskarte zur Niederlassung. Eine sachlich angemessene Überprüfung wäre also nicht mehr sichergestellt. Wenn aber „Schnelligkeit vor Gründ-

lichkeit“ gelten soll, dann würden die qualitätsgarantierenden Kernelemente der Freien Berufe in Deutschland untergraben. An Schärfe gewinnen die zu kurzen Prüffristen noch dadurch, dass eine einmal ausgestellte Dienstleistungskarte eine unbegrenzte Gültigkeit haben soll und so routinemäßige Überprüfungen nicht möglich sein würden.

Der BFB kritisiert des Weiteren, dass die Dienstleistungskarte zu einem erheblichen bürokratischen Aufwand führen würde, dem kein wirklicher Mehrwert gegenüberstünde. Vielmehr ginge mit dem Vorschlag ein Aufbau von Parallelstrukturen einher, der im diametralen Widerspruch zur Zielsetzung einer „schlanken Verwaltung“ stünde. Beispielhaft sei hier an die Funktion des einheitlichen Ansprechpartners im Rahmen der Dienstleistungsrichtlinie als auch an den existierenden Europäischen Berufsausweis im Rahmen der Berufsanerkenntnisrichtlinie erinnert.

Die Prüfung eines Antrags zur Ausstellung einer Dienstleistungskarte durch eine vorgesehene koordinierende Behörde auf Bundesebene hätte einen massiven Eingriff in die berufsständische Selbstverwaltung zur Folge. Gleichzeitig ist nicht zu erkennen, wie eine solche koordinierende Behörde ohne die jeweiligen Berufsträger beziehungsweise Berufskammern das notwendige zulassungsrechtliche Know-how sicherstellen soll.

VERHÄLTNISSMÄSSIGKEITSPRÜFUNG

Auch die weiteren Initiativen des Dienstleistungspaketes sieht der BFB kritisch: Die Notwendigkeit zur Überprüfung der Verhältnismäßigkeit anhand neuer „gemeinsamer Mindestkriterien“, wie im Richtlinienvorschlag zur Verhältnismäßigkeitsprüfung gefordert, erscheint weder erforderlich noch zielführend, da die bereits existierenden unionsrechtlichen Kriterien beziehungsweise die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs einen Kriterienkatalog für die Überprüfung der Verhältnismäßigkeit vorgeben. Zudem wird in Deutschland bereits aus verfassungsrechtlichen Gründen eine Verhältnismäßigkeitsprüfung praktiziert. Der BFB fordert

daher, dass es zu keinem zusätzlichen bürokratischen Aufwand kommen darf – insbesondere für die freiberufliche Selbstverwaltung. Der BFB drängt daher darauf, für einen ausreichenden Ermessensspielraum auf Ebene der Mitgliedstaaten zu sorgen, sowohl bei der nun angestrebten Prüfmethodik, als auch bei den damit einhergehenden Begründungspflichten.



Darüber hinaus ist dem BFB daran gelegen, dass die Bedeutung des Aspekts der Qualitätssicherung auch bei den Freien Berufen anerkannt werden muss. Hintergrund ist, dass im Bericht des federführenden Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments die Qualitätssicherung zwar nunmehr unter den Gründen des Allgemeininteresses aufgeführt wird – was grundsätzlich begrüßenswert ist –, allerdings wird in diesem Zusammenhang bisher nur auf das Handwerk Bezug genommen.

NOTIFIZIERUNGSVERFAHREN

Der Richtlinienvorschlag zur Reform des Notifizierungsverfahrens würde die Kompetenzen der Mitgliedstaaten unzulässig einschränken. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission fiele ihr zukünftig eine Quasi-Gesetzgebungskompetenz zu. Sie erhielte die Befugnis, unter bestimmten Umständen Rechtsetzungsvorhaben in den Mitgliedstaaten zu verhindern. Diesen bliebe dann lediglich ein Klagerecht. Der Vergleich der EU-Kommission, Ähnliches gäbe es bereits im Wettbewerbs- und Beihilferecht, verbietet sich aus Sicht des BFB vor allem aufgrund unterschiedlicher beziehungsweise mangelnder Rechtsgrundlagen sowie einer unterschiedlichen Zielrichtung

und Rechtssystematik. Es bestehen demnach erhebliche Bedenken, ob die Ermächtigung der EU-Kommission, gegebenenfalls einen für den Mitgliedstaat verbindlichen Beschluss zu erlassen, die betreffende notifizierte Maßnahme nicht anzuwenden beziehungsweise diese wieder aufzuheben, überhaupt durch das europäische Primärrecht gedeckt ist.

Ähnlich kritisch sieht der BFB die im Rahmen einer Vorwarnung vorgesehene „Stillhaltefrist“ von drei Monaten, in der die notifizierte Maßnahme nicht erlassen werden dürfte. Eine solche Stillhaltefrist lehnt der BFB ebenfalls als unzulässigen Eingriff in die Kompetenz der Mitgliedstaaten ab. Gleiches gilt für das Ansinnen, etwaige prozedurale Versäumnisse als schwerwiegende Verfahrensfehler zu werten, was zur Unwirksamkeit der notifizierten Maßnahme führen würde.



REFORMEMPFEHLUNGEN

Bei der Mitteilung zu Reformempfehlungen bei bestimmten regulierten Berufen (Architekten, Bauingenieure, Steuerberater, Rechtsanwälte und Patentanwälte etc.) wird deutlich, wohin die Entwicklung aus Sicht der EU-Kommission gehen sollte: Möglichst Vorschriften zu wählen, die einen geringen Regulierungsgrad aufweisen. So wird mehr als einmal

angeregt, Fremdkapitalbestimmungen sowie bestimmte Vorbehaltsaufgaben zu überdenken. Die EU-Kommission wird die Umsetzung beziehungsweise Nicht-Umsetzung der Reformempfehlungen beobachten und, wo angezeigt, weitere Maßnahmen zum Abbau verbliebener Hindernisse vorschlagen. Mögliche Folgemaßnahmen könnten Vertragsverletzungsverfahren sowie weitere Legislativvorschläge mit einschließen. Der BFB betont in seiner Stellungnahme, dass Berufsreglementierungen ein Vorrecht der Mitgliedstaaten sind, und kritisiert den fortwährenden Ansatz der EU-Kommission, dass weniger Regulierungen zu mehr Wettbewerb, zu mehr Wachstum und zu mehr Beschäftigung führen. In diesem Zusammenhang fordert der BFB, von Politikempfehlungen auf der Grundlage von Verallgemeinerungen und einseitigen Schlussfolgerungen aus Studien abzusehen, deren Konzeption und Design von vornherein die wesentlichen Charakteristika der Freien Berufe nicht beziehungsweise allenfalls punktuell berücksichtigen.

BFB-ENGAGEMENT

Der BFB begleitete im gesamten Jahr 2017 die aktuellen Entwicklungen der einzelnen Initiativen im Rat der Europäischen Union und im Europäischen Parlament und informierte seine Mitgliedsorganisationen kontinuierlich. Wesentliche Impulse für die Meinungsbildung und Positionierung des BFB zum Dienstleistungspaket lieferten nicht zuletzt auch die BFB-Repräsentantenrunden in Brüssel mit externen Gästen aus den europäischen Institutionen, die sich bei den BFB-Mitgliedsorganisationen großer Beliebtheit erfreuten.

Auf europäischer Ebene brachte sich der BFB intensiv in die Meinungsbildung ein. Als einer der ersten Spitzenverbände lud der BFB am 7. März 2017 in die Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union in Brüssel ein, um über die Auswirkungen des Dienstleistungspakets auf die Freien Berufe zu diskutieren (siehe Seite 10 f.).



Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, fasste die Diskussion zusammen.

Auf Initiative der Wirtschaftsprüferkammer fand am 4. Mai 2017 ein Gespräch mit dem für Haushalt und Personal zuständigen EU-Kommissar Günther Oettinger zu den drei Legislativdossiers statt (siehe Seite 15 f.).

Am 12. Europatag der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) am 7. Juni 2017 nahmen Gäste aus den europäischen Institutionen und verschiedenen Verbänden teil. Der BFB war durch seine Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer vertreten. In einem Impulsreferat und zwei Diskussionsrunden wurde das Dienstleistungspaket durchleuchtet (siehe Seite 16).



V. l.: Evelyne Gebhardt MdEP (S&D), BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer, Hendrik Kafsack, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Martin Frohn, Europäische Kommission, Arno Metzler, Vizepräsident der Gruppe III des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Die Arbeit des federführenden Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments unterstützte der BFB unter anderem mit eigenen Anregungen an die relevanten Abgeordneten zu den Berichtsentwürfen zur Reform des Notifizierungsverfahrens und zur Einführung einer Verhältnismäßigkeitsprüfung. BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer bat in einem Schreiben vom 6. Oktober 2017 an den binnenmarktpolitischen Sprecher der EVP-Fraktion, Dr. Andreas Schwab, darum, sich im Zuge der ausschussinternen Beratungen für akzeptable Kompromisse einzusetzen, insbesondere mit Blick auf die vom Notifizierungsverfahren Betroffenen.

Auch das traditionelle Abendessen des BFB-Präsidiums am 16. Oktober 2017 in Brüssel bot die Möglichkeit, Sichtweisen und Anregungen bezüglich der einzelnen Initiativen des Dienstleistungspakets mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Beamten der EU-Kommission sowie Vertretern der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der Europäischen Union zu erörtern. EU-Kommissar Günther Oettinger sowie Dr. Andreas Schwab, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, richteten ein Grußwort an die Anwesenden (siehe Seite 20).



Traditionelles Abendessen des BFB-Präsidiums in Brüssel

Zusammen mit der Union Nationale des Professions Libérales, dem Dachverband der Freien Berufe in Frankreich, stimmte der BFB außerdem eine Kurzstellungnahme sowie einen gemeinsamen Brief beider Präsidenten zum Dienstleistungspaket ab, der ausgewählten Adressaten in den europäischen Institutionen zuzuging (siehe Seite 42).

Auf nationaler Ebene begleitete der BFB die Genese der Rügen des Deutschen Bundestags und des Bundesrats am 9. und 10. März 2017 sowie die Stellungnahme des Deutschen Bundestags vom 18. Mai 2017, die sich kritisch mit dem Dienstleistungspaket auseinandersetzt (siehe Seite 11 f.).

Zuvor hatte Brigitte Zypries, seinerzeitige Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, am 27. April 2017 die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem Hintergrundgespräch eingeladen. Für den BFB nahmen der seinerzeitige BFB-Präsident Dr. Horst Vinken und Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer teil (siehe Seite 15).



Deutscher Bundestag

EUROPA



PANA-AUSSCHUSS DES EP

Anlässlich der Veröffentlichung der sogenannten „Panama Papers“ setzte das Europäische Parlament (EP) im Sommer 2016 einen Ausschuss ein, der die Hintergründe dieser Entwicklungen aufarbeiten und politische Handlungsempfehlungen erarbeiten sollte. Die Beratungen im EP zu dem Initiativbericht des PANA-Ausschusses wurden am 13. Dezember 2017 abgeschlossen.

Der Initiativbericht des EP enthält an mehreren Stellen Empfehlungen, die mit weitreichenden Konsequenzen für die freiberufliche Berufsausübung verbunden wären. Der BFB befasste sich daher eingehend mit dem Initiativbericht, unter anderem im Arbeitskreis „Berufspolitischer Rahmen“. Insbesondere die Forderungen hinsichtlich der Meldepflicht und der Einführung einer die berufliche Selbstverwaltung beaufsichtigenden Behörde lehnt der BFB ab: Berufsgeheimnisträgerschaft ebenso wie die Selbstverwaltung sind Kernelemente der freiberuflichen vertrauensgebundenen Dienstleistungserbringung. Der BFB brachte seine kritische Haltung zahlreichen Mitgliedern des PANA-Ausschusses zur Kenntnis.

SOZIALE SÄULE

Vor dem Hintergrund der wachsenden Entfremdung der europäischen Bürger von der „Idee“ Europas veröffentlichte die Europäische Kommission am 26. April 2017 ihre Vorschläge für ein sozialeres Europa (COM (2017) 250 final). Sie will mit den Vorschläge zur „Sozialen Säule“ einen Diskussionsprozess anstoßen, wie bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa realisiert werden können.

Der BFB nahm die Initiative zum Anlass, für die Gemeinwohlorientierung als Vorbild beziehungsweise als Element eines sozialeren Europa zu werben. Die Gemeinwohlorientierung der Freien Berufe sei eine Stärke des sozialen Europa, die es zu fördern gelte, betont der BFB in einem Positionspapier, das er gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen zur sogenannten „europäischen Säule sozialer Rechte“ formuliert hatte. Der BFB unterstreicht darin insbesondere auch die besondere Bedeutung der Freien Berufe bei der Förderung der lokalen Arbeits- und Lebensbedingungen.

BREXIT

Die laufenden Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union beinhalten unter anderem die Regelung der künftigen grenzüberschreitenden Tätigkeit beziehungsweise Dienstleistungserbringung. Gemeinsam mit seinen Mitgliedern formulierte der BFB daher ein Positionspapier zu möglichen Auswirkungen des Brexit im Berufsumfeld der Freien Berufe und positionierte sich zu Fragen der Anerkennung von Berufsabschlüssen, den vier Grundfreiheiten, aber auch dem Datenschutz und der europäischen Gerichtsbarkeit.



WEITERE EUROPÄISCHE AKTIVITÄTEN

Der BFB stellte am 16. Oktober 2017 in Brüssel seine Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“ vor (siehe Seite 35). BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer begrüßte Workshop-Teilnehmer aus dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission sowie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Aus den Reihen des BFB nahmen zudem Friedemann Schmidt, BFB-Vizepräsident und Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, sowie BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer teil. Prof. Dr. Alexander Rasch und Dr. Christian Waibel, zwei der Autoren der Studie, führten in die Materie ein, gefolgt von einer Vorstellung der Parameter des Regulierungs-Indikators der OECD durch den OECD-Deutschland-Experten Andrés Fuentes Hutfilter. Als Vertreter der EU-Kommission beteiligte sich Martin Frohn, Leiter des Referats für die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Fähigkeiten bei der Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen, an der Diskussion um die Bedeutung der qualitätssichernden Regulierungen der Freien Berufe für die gesamtgesellschaftliche Wertschöpfung.

BFB-Präsident Prof. Dr. Ewer schloss eine gehaltvolle, wenn auch durchaus kontroverse Diskussion mit dem Appell an die Teilnehmer, dass im Zentrum des Gemeinwohls immer der Mensch stehe; eine Politik, die sich danach ausrichte, sei gelebte Bürgernähe.

Am 2. Juni sowie am 17. Oktober 2017 kam es zu zwei Treffen mit der Union Nationale des Professions Libérales (UNAPL), dem französischen Dachverband der Freien Berufe. Hintergrund ist das Bestreben, in den Bereichen, in denen ein Mehrwert erkennbar ist, wieder verstärkt zusammenarbeiten. Dies trifft exemplarisch beim Dienstleistungspaket zu, bei dem UNAPL und der BFB zentrale Kritikpunkte teilen.

In diesem Kontext erneuerten beide Organisationen auch das bestehende Freundschaftsabkommen aus dem Jahr 1989. BFB und UNAPL wollen künftig noch mehr ge-

meinsam für den Erhalt der hohen Qualität freiberuflicher Dienstleistungen werben. Die Rolle der Freien Berufe beim Ausbau eines bürgernahen Europa soll hervorgehoben und mit der Forderung einer stärkeren Anerkennung der freiberuflichen Leistung für den europäischen Zusammenhalt verbunden werden. Für den BFB nahmen an den beiden Treffen Prof. Dr. Wolfgang Ewer, erst als Vizepräsident und dann als Präsident, sowie Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer teil. Seitens UNAPL waren unter anderem Michel Chassang, UNAPL-Präsident, und François Blanchecotte, bei UNAPL verantwortlich für den Bereich EU-Angelegenheiten, anwesend.



V. l.: Michel Chassang, Präsident der Union Nationale des Professions Libérales, BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer

STANDORTFRAGEN

DIGITALISIERUNG

Der Arbeitskreis „Digitalisierung“ tagte unter Leitung des seinerzeitigen BFB-Präsidenten Dr. Horst Vinken am 25. April 2017 bei der Bundesarchitektenkammer. Im Fokus stand die Digitalisierung in den technisch-naturwissenschaftlichen Berufen; den Gastvortrag hielt Dr. Alexander Rieck, Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation.

Der BFB-Vorstand fasste am 21. Juni 2017 den Beschluss, das Thema Digitalisierung im neu eingesetzten Arbeitskreis „Wirtschaftliches und soziales Umfeld der Freien Berufe“ zu verorten; der Arbeitskreis „Berufspolitischer Rahmen“ wird sich mit den berufsrechtlichen Facetten befassen. Gemäß Vorstandsbeschluss vom 19. September 2017 bildet die Digitalisierung einen Arbeitsschwerpunkt des BFB im Jahr 2018.

GEHEIMNISTRÄGERSCHAFT / DATENSCHUTZ

Der Arbeitskreis „Berufspolitischer Rahmen“ unter Vorsitz von BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer beschäftigte sich im Jahr 2017 unter anderem mit Gesetzesvorhaben im Bereich der Berufsgeheimnisträgerschaft und des Datenschutzes.



Hinsichtlich des Gesetzgebungsverfahrens zur „Neuregelung des Schutzes von Geheimnissen bei der Mitwirkung Dritter an der Berufsausübung schweigepflichtiger Personen“ (§ 203 StGB) begrüßte der BFB in seiner Stellungnahme vom 25. April 2017 die berufsübergreifende Erweiterung des Schutzes für Berufsgeheimnisträger vor strafrechtlichen Sanktionen. Wichtig seien jedoch noch eindeutiger und kohärentere Formulierungen, ob beziehungsweise unter welchen Rahmenbedingungen sich Berufsgeheimnisträger strafbar machen, wenn sie sich der Unterstützung Dritter bedienen (müssen), um damit Rechtssicherheit für die betroffenen Berufsgruppen zu schaffen. Die BFB-Forderungen – „vergleichbare Schutzniveaus“ bei Outsourcing ins Ausland, einheitliche Verwendung des Begriffs der „mitwirkenden Person“ im Straf- und Berufsrecht, entsprechende Änderung der strafprozessualen Normen – wurden im Gesetzgebungsverfahren aufgegriffen.

Mit Blick auf ein weiteres Alleinstellungsmerkmal der Freien Berufe, der Gemeinwohlorientierung, setzte sich der BFB im Gesetzgebungsverfahren zur Neustrukturierung des Bundeskriminalamtgesetzes erneut für eine Erweiterung des Adressatenkreises der in § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 StPO absolut vor Überwachungsmaßnahmen geschützten Berufe auf alle Berufsgeheimnisträger ein. Die BFB-Resolution vom 1. April 2017, die im Arbeitskreis „Berufspolitischer Rahmen“ beschlossen und mit den Mitgliedsorganisationen abgestimmt wurde, ist den zuständigen Abgeordneten und Ausschüssen des Deutschen Bundestags im April 2017 zugeleitet worden.

Das Thema Datenschutz blieb in diesem Jahr von hoher Bedeutung. Die praktische Relevanz der datenschutzrechtlichen Neuerungen nach Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung, die damit verbundenen Neuregelungen des Bundesdatenschutzgesetzes sowie die notwendigen Anpassungen des vorrangigen Fachrechts waren Thema in den Sitzungen des Arbeitskreises „Berufspolitischer Rahmen“. Bei den im Juli und

Oktober 2017 unter der Schirmherrschaft des seinerzeitigen Bundesministeriums des Innern angesiedelten Veranstaltungen zum Thema „Sind Sie bereit für die Datenschutz-Grundverordnung und das neue Bundesdatenschutzgesetz?“, welche insbesondere kleine und mittlere Unternehmen adressierte, erläuterte der BFB die berufsspezifischen freiberuflichen Belange – insbesondere aufgrund der Berufsheimnisträgerschaft – beim Umgang mit hochsensiblen Patienten- und Mandantendaten.



Bundesministerium des Innern

SELBSTVERWALTUNG

Bereits im Jahr 2016 wurde in den politischen Institutionen das „Gesetz zur Stärkung der Handlungsfähigkeit und Aufsicht über die Selbstverwaltung der Spitzenorganisationen in der GKV“ (GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz) behandelt. Der BFB warb in enger Abstimmung mit den involvierten Berufsgruppen für die Sicherung der Selbstverwaltungsstandards. Der Deutsche Bundestag verabschiedete am 26. Januar 2017 das GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz (BT-Drs. 18/10605), das unter anderem die Kassenärztliche Bundesvereinigung und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung betrifft. Künftig wird das Bundesgesundheitsministerium jedes Jahr im März – erstmals zum 1. März 2018 – den Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestags über „aufsichtsrechtliche Maßnahmen“ sowie die Kontrolle über die Spitzenorganisationen der Selbstverwaltung auf Bundesebene unterrichten. Zuvor fand am 16. Januar 2017 im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestags eine Anhörung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen statt. Dabei hatten sich die Teilnehmer aus den Organisationen des Gesundheitswesens übereinstimmend dafür ausgesprochen, die Reform zu überdenken beziehungsweise den Gesetzentwurf vollständig zurückzuziehen, da dieser keine Stärkung, sondern eine Schwächung der gesundheitlichen Selbstverwaltung zur Folge haben würde.

WETTBEWERB/ÖFFENTLICHES AUFTRAGSWESEN

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie legte mit Stand 20. Februar 2017 den Referententwurf eines „Gesetzes zur Einführung eines Wettbewerbsregisters“ vor. Kernstück ist das in Artikel 1 vorgesehene „Gesetz zur Einrichtung eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (Wettbewerbsregistergesetz – WRegG)“. Der Gesetzentwurf regelt die zur Eintragung von Unternehmen im Wettbewerbsregister führenden Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zur Sicherstel-

lung eines fairen Wettbewerbs im Vergaberecht. In der Verbändeanhörung am 7. März 2017 in Berlin begrüßte der BFB die Vereinheitlichung bereits bestehender Register und die daraus resultierende Vermeidung weiterer Parallelstrukturen.

NORMUNG/AKKREDITIERUNG



Der BFB wirkte im Deutschen Institut für Normung im Jahr 2017 aktiv auf die Berücksichtigung freiberuflicher Interessen in Normungsprozessen hin. Hierzu arbeitete der BFB im Normenausschuss „Strategie“, im neu gegründeten Normenausschuss „Dienstleistungen – Ausschreibungen, Verträge und Leistungsmessung“, in der Kommission „Mittelstand“ und im Fachforum „Normung 2030“ mit.

Der BFB nahm darüber hinaus im Rahmen des Deutschen Normungspanels 2017 am 26. Juni 2017 an der Ergebnispräsentation der fünften Befragungswelle des Deutschen Fördervereins zur Stärkung der Forschung zur Normung und Standardisierung teil und tauschte sich zu Chancen und Hemmnissen für die Digitalisierung und zu normungspolitischen Folgerungen aus. Bei dem unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

(BMWi) laufenden Projekt handelt es sich um eine jährliche Analyse im Fachgebiet Innovationsökonomie mit dem Ziel, durch eine verbesserte empirische Datenlage wissenschaftlich fundierte Aussagen zu normungspolitischen Aspekten treffen zu können.

In den Gremien des Akkreditierungsbeirats der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung beriet der BFB unter anderem über die Studie des BMWi zur Evaluierung des deutschen Akkreditierungswesens, eine intensivere Einbindung der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) in den europäischen und internationalen Akkreditierungsgremien, das Überwachungskonzept der DAkkS durch eine Gebührenverordnung zur Optimierung des Regelsetzungsprozesses und zu neuen Akkreditierungsanträgen.

EINHEITLICHER ANSPRECHPARTNER

FACHBEIRAT EINHEITLICHER ANSPRECHPARTNER

Der BFB arbeitet auf Einladung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) im Fachbeirat Einheitlicher Ansprechpartner mit. Der Fachbeirat unterstützt das BMWi dabei, den Einheitlichen Ansprechpartner (EA) unter dem Stichwort „EA 2.0“ zu reformieren. Der EA dient unter anderem als Anlaufstelle bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Er bündelt als einheitliche Anlaufstelle die unterschiedlichen Zulassungs- und Antragsverfahren, welche zur beruflichen Niederlassung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union notwendig sind. In Deutschland dient der EA nach seiner Ausgestaltung auch inländischen Gründern als Informationsstelle. Die berufsständischen Kammern, zuständige Stelle für das Berufsanerkennungsverfahren, sollen künftig noch enger mit den einheitlichen Ansprechpartnern zusammenarbeiten und eine zunehmende digitale Bereitstellung der notwendigen Informationen unterstützen. Zielsetzung des „EA 2.0“ ist es, künftig ein ausschließlich digitales Antragsverfahren bereitzustellen. Dies steht im Einklang mit der europäischen wie auch nationalen Digitalisierungsstrategie. Der BFB forderte wiederholt,

dass die Digitalisierung des EA keinesfalls zu einer Fristenverkürzung führen darf.



Über die Einheitlichen Ansprechpartner können Dienstleister alle dienstleistungsrelevanten Verfahren und Formalitäten abwickeln.

SOZIALE SICHERUNG/ALTERSVORSORGE

Auch das Thema Altersvorsorge und soziale Sicherung in den Freien Berufen war wiederholt Inhalt des berufsübergreifenden Austausches in den Arbeitskreisen „Berufspolitischer Rahmen“ und „Wirtschaftliches und soziales Umfeld der Freien Berufe“. Die Ausstrahlungswirkungen des 2016 in Kraft getretenen „Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Syndikusanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung“ auf andere Berufsgruppen der Freien Berufe und erste Erfahrungen bei der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben waren Gegenstand der Diskussion. Eine enge Zusammenarbeit besteht dabei mit der Architektenkammer Nord-

rhein-Westfalen. Sie schlägt in einem, in Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen (ABV) konzipierten Hintergrundpapier, das in den gemeinsamen Argumentationsfundus für Gespräche mit Entscheidungsträger einmündete, vor, die Freien Berufe per Gesetz von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zugunsten der Versorgungswerke zu befreien. In enger Abstimmung mit der ABV setzt sich der BFB in diesem Zusammenhang dafür ein, dass ausschließlich die berufsständischen Kammern darüber entscheiden, ob eine Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit vorliegt.

Die Teilnehmer des Arbeitskreises „Berufspolitischer Rahmen“ befassten sich des Weiteren regelmäßig mit neuerer Rechtsprechung im Bereich der Sozialversicherungspflicht im Ehrenamt, zu Entscheidungen im Bereich des Syndikusrechts und zur Befreiung freiberuflich Tätiger von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht.

MITGLIEDSORGANISATIONEN DES BFB

Dem Bundesverband der Freien Berufe e. V. gehörten im Jahr 2017 43 Mitgliedsorganisationen und 15 Landesverbände an.

Heilberuflicher Bereich

1. ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände
2. Bundesärztekammer
3. Bundespsychotherapeutenkammer
4. Bundesverband Praktizierender Tierärzte
5. Bundesverband selbstständiger Physiotherapeuten
6. Bundeszahnärztekammer
7. FH - Freie Heilpraktiker
8. Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände
9. Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands
10. Kassenärztliche Bundesvereinigung
11. Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung
12. LOGO Deutschland – Interessengemeinschaft selbständiger LogopädInnen und SprachtherapeutInnen
13. Verband der Privatärztlichen Verrechnungsstellen

6. bund deutscher innenarchitekten bdia
7. Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla
8. Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure
9. Bundesingenieurkammer
10. Bundesverband öffentlich bestellter und vereidigter sowie qualifizierter Sachverständiger
11. Bundesvereinigung der Prüflingenieur für Bautechnik
12. Verband Beratender Ingenieure VBI
13. Vereinigung Freischaffender Architekten Deutschlands

Kultureller Bereich

1. ashtanga-yoga-association – aya
2. DPV Deutscher Presse Verband
3. Internationaler Verband der Konferenzdolmetscher – AIIC-Region Deutschland
4. Verband der Restauratoren

Rechts-, steuer- und wirtschaftsberatender Bereich

1. Berufsverband der Datenschutzbeauftragten Deutschlands
2. Bundesnotarkammer
3. Bundesrechtsanwaltskammer
4. Bundessteuerberaterkammer
5. Bundesverband der Rentenberater
6. Bundesverband der Steuerberater
7. Bundesverband Deutscher Unternehmensberater BDU
8. Deutscher Anwaltverein
9. Deutscher Steuerberaterverband
10. HLBS Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen
11. Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland
12. Patentanwaltskammer
13. Wirtschaftsprüferkammer

Landesverbände

1. Landesverband der Freien Berufe Baden-Württemberg
2. Verband Freier Berufe in Bayern
3. Verband der Freien Berufe in Berlin
4. Landesverband der Freien Berufe Brandenburg
5. Verband Freier Berufe in der Freien und Hansestadt Hamburg
6. Verband Freier Berufe in Hessen
7. Landesverband der Freien Berufe Mecklenburg-Vorpommern
8. Verband der Freien Berufe im Lande Niedersachsen
9. Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen
10. Landesverband der Freien Berufe Rheinland-Pfalz
11. Verband der Freien Berufe des Saarlandes
12. Landesverband der Freien Berufe Sachsen
13. Landesverband der Freien Berufe Sachsen-Anhalt
14. Landesverband der Freien Berufe in Schleswig-Holstein
15. Landesverband der Freien Berufe Thüringen

Technischer und naturwissenschaftlicher Bereich

1. AHO Ausschuss der Verbände und Kammern der Ingenieure und Architekten für die Honorarordnung
2. AGS - Arbeitsgemeinschaft der Kfz-Sachverständigen
3. Bundesarchitektenkammer - BAK -
4. Bund Deutscher Architekten BDA
5. BDB Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure



PRÄSIDIUM UND VORSTAND DES BFB (SEIT 21. JUNI 2017)

PRÄSIDIUM

Präsident:

RA Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins

Vizepräsident und Schatzmeister:

vBP/StB Gerhard Albrecht, Vizepräsident der Wirtschaftsprüferkammer

Vizepräsidentin:

Dipl.-Ing. Barbara Ettinger-Brinckmann, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer

Vizepräsidenten:

RA/StB Dr. Björn Demuth, Präsident des Landesverbands der Freien Berufe Baden-Württemberg

Dr. Peter Engel, Präsident der Bundeszahnärztekammer

Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Dipl.-Ing. Hans-Ulrich Kammeyer, Präsident der Bundesingenieurkammer

StB/WP/RA Dr. Raoul Riedlinger, Präsident der Bundessteuerberaterkammer

Dipl.-Pharm. Friedemann Schmidt, Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände

VORSTAND

Vorsitz:

RA Prof. Dr. Wolfgang Ewer, BFB-Präsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins

Mitglieder:

Dr. Jens Bormann, Präsident der Bundesnotarkammer

Dipl.-Ing. Joachim Brenncke, Vizepräsident der Bundesarchitektenkammer

Dr.-Ing. Volker Cornelius, Präsident des Verbands Beratender Ingenieure VBI

StB/WP Harald Elster, Präsident des Deutschen Steuerberaterverbands

Dr. Wolfgang Eßer, Vorsitzender des Vorstands der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Dipl.-Ing. Heiner Farwick, Präsident des Bunds Deutscher Architekten BDA

WP/RA Dr. Hans-Friedrich Gelhausen, Vizepräsident der Wirtschaftsprüferkammer

RAin Dr. Karin Hahne, Präsidentin des Verbands Freier Berufe in Hessen

Dr. Stephan Hofmeister, Erster stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Dipl.-Ing. Matthias Irmischer, Präsident der Vereinigung Freischaffender Architekten Deutschlands

RAin Dr. Daniela Kelm, LL.M., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland

Dipl.-Ing. Ingolf Kluge, Vizepräsident der Bundesingenieurkammer

RA Dr. Friedwald Lübbert, Vizepräsident des Deutschen Anwaltvereins

Dr. Siegfried Moder, Präsident des Bundesverbands Praktizierender Tierärzte

Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer

Dr. Dietrich Munz, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer

RAuN Dr. Thomas Remmers, Präsident der Rechtsanwaltskammer Celle und Vizepräsident der Bundesrechtsanwaltskammer

Dr. Regina Ruppert, Vizepräsidentin des Bundesverbands Deutscher Unternehmensberater BDU

Dipl.-Ing. Vera Schmitz, Präsidentin des bunds deutscher innenarchitekten bdia

Thomas Spaeing, Vorstandsvorsitzender des Berufsverbands der Datenschutzbeauftragten Deutschlands

Dipl.-Ing. Jakob von Allwörden, Vizepräsident des Bundesverbands öffentlich bestellter und vereidigter sowie qualifizierter Sachverständiger

Dipl.-Ing. Peter Wilhelm, Vertreter der Patentanwaltskammer

Ehrenpräsident:

Dr. Ulrich Oesingmann

Hauptgeschäftsführerin:

Dr. Stephanie Bauer

AUSGEWÄHLTE TERMINE VON JANUAR BIS DEZEMBER 2017

- **18. Januar 2017**
BFB-Präsidiumssitzung – Austausch mit Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), und ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke; Diskussion mit Prof. Dr. Alexander Rasch und Dr. Christian Waibel vom Duesseldorf Institute for Competition Economics
- **18. Januar 2017**
BFB-Neujahrsempfang mit Prof. Dr. Johanna Wanka, seinerzeitige Bundesministerin für Bildung und Forschung, und Prof. Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie
- **20. Februar 2017**
BFB-Arbeitskreis „Berufspolitischer Rahmen“
- **21. Februar 2017**
Grüßwort des seinerzeitigen BFB-Vizepräsidenten Prof. Dr. Wolfgang Ewer beim Jahresempfang des Landesverbands der Freien Berufe in Schleswig-Holstein
- **7. März 2017**
BFB-Frühjahrsveranstaltung in Kooperation mit der Landesvertretung Hessen bei der Europäischen Union, mit Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Bundesarchitektenkammer
- **13. März 2017**
BFB-Arbeitskreis „Finanzen“
- **15. März 2017**
BFB-Präsidiumssitzung

BFB-Vorstandssitzung
- **23. März 2017**
Spitzengespräch der Allianz für Aus- und Weiterbildung auf Bundesministerebene mit dem seinerzeitigen BFB-Präsidenten Dr. Horst Vinken
- **28. März 2017**
Wirtschaftspolitisches Frühstück von Sabine Poschmann MdB, Mittelstandsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und des BFB zum Thema „Europäische Deregulierung bei Freien Berufen – Auswirkungen auf nationale Kompetenzen sowie den Verbraucher- und Patientenschutz“ mit Dr. Peter Engel, BFB-Vizepräsident und BZÄK-Präsident, und Prof. Dr. Wolfgang Ewer, seinerzeitiger BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins
- **29. März 2017**
Austausch von BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer mit Heino von Meyer, Leiter des Berlin Centre der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter anderem zur Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“
- **5. April 2017**
BFB-Arbeitskreis „Berufspolitischer Rahmen“
- **19. April 2017**
BFB-Arbeitskreis „Finanzen“
- **25. April 2017**
BFB-Arbeitsgruppe „Digitalisierung“

Parlamentarischer Abend der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand
- **27. April 2017**
Hintergrundgespräch mit Brigitte Zypries, seinerzeitige Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, mit dem seinerzeitigen BFB-Präsidenten Dr. Horst Vinken und weiteren Organisationsrepräsentanten zum Dienstleistungspaket
- **4. Mai 2017**
Gespräch mit Günther Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, auf Initiative der Wirtschaftsprüferkammer (WPK) mit Gerhard Ziegler, WPK-Präsident, Dr. Reiner J. Veidt, WPK-Geschäftsführer, dem seinerzeitigen BFB-Präsidenten Dr. Horst Vinken und Harald Elster, seinerzeitiger BFB-Vizepräsident sowie Schatzmeister und amtierender Präsident des Deutschen Steuerberaterverbands
- **10. Mai 2017**
BFB-Präsidiumssitzung
- **2. Juni 2017**
Meinungsaustausch mit der französischen Freiberufler-Organisation l'Union Nationale des Professions Libérales mit Prof. Dr. Wolfgang Ewer, seinerzeitiger BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins
- **7. Juni 2017**
Europatag der Bundeszahnärztekammer mit BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer
- **8. Juni 2017**
Gespräch von BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer mit Dr. Christian Kastrop, seinerzeitiger Abteilungsleiter „Wirtschaft“ bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“ und insbesondere zur Aussagekraft des OECD-Regulierungsindikators
- **20. Juni 2017**
BFB-Präsidiumssitzung

Treffen der Landesverbände
- **21. Juni 2017**
BFB-Mitgliederversammlung

Konstituierende BFB-Präsidiumssitzung

Konstituierende BFB-Vorstandssitzung
- **1. Juli 2017**
Staatsakt für Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl in Speyer und Straßburg, Teilnahme BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer
- **3. Juli 2017**
BFB-Arbeitskreis „Berufspolitischer Rahmen“
- **6. Juli 2017**
Workshop mit Diskussion zur öffentlichen Präsentation der Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“ in Berlin mit Vertretern aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie dem Bundeskanzleramt mit BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer
- **13. Juli 2017**
Austausch mit Peter Altmaier, seinerzeitiger Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, zum Dienstleistungspaket mit BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Gerhard Albrecht, BFB-Vizepräsident sowie Schatzmeister und Vizepräsident der Wirtschaftsprüferkammer, Dr. Björn Demuth, BFB-Vizepräsident und Präsident des Landesverbands der Freien Berufe Baden-Württemberg, Dr. Andreas Gassen, BFB-Vizepräsident und Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Hans-Ullrich Kammeyer, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundesingenieurkammer, Friedemann Schmidt, BFB-Vizepräsident und Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, und BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer

- **2. August 2017**
Antrittsbesuch von BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer bei Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks
- **6. September 2017**
BFB-Arbeitskreis „Neuordnung der Aufteilungsverbände“
- **14. September 2017**
BFB-Arbeitskreis „Finanzen“
- **18. September 2017**
BFB-Arbeitskreis „Wirtschaftliches und soziales Umfeld der Freien Berufe“
- **19. September 2017**
BFB-Präsidiumssitzung

BFB-Vorstandssitzung
- **21. September 2017**
Antrittsbesuch von BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer bei Prof. Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie

Antrittsbesuch von BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer bei Hans-Georg Engelke, Staatssekretär im seinerzeitigen Bundesministerium des Innern

Austausch von BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer mit Guy Selbherr, Vorsitzender des Verbands Deutscher Bürgschaftsbanken
- **27. September 2017**
Diskussion der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament (EVP) zum Dienstleistungspaket mit Friedemann Schmidt, BFB-Vizepräsident und Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, sowie weiteren Interessenvertretern
- **28. September 2017**
Symposium des Forschungsinstituts für Freie Berufe der Wirtschaftsuniversität Wien und der Ärztekammer für Wien mit Dr. Björn Demuth, BFB-Vizepräsident und Präsident des Landesverbands der Freien Berufe Baden-Württemberg
- **5. Oktober 2017**
BFB-Arbeitskreis „Berufspolitischer Rahmen“
- **5. Oktober 2017**
Meinungsaustausch mit Ulrich Sommer, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Apotheker- und Ärztebank (apoBank), Dr. Thomas Siekmann, Stellvertretender Vorsitzender des apoBank-Vorstands – Ressort Finanzen und Controlling, Walter Kollbach, apoBank-Aufsichtsratsmitglied, BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer sowie BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer
- **16. Oktober 2017**
Workshop mit Diskussion zur Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“ mit Vertretern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Europäischen Kommission in Brüssel mit BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer und Friedemann Schmidt, BFB-Vizepräsident und Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände

Traditionelles Abendessen des BFB-Präsidiums in Brüssel mit hochrangigen Repräsentanten der europäischen Institutionen mit BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Gerhard Albrecht, BFB-Vizepräsident sowie Schatzmeister und Vizepräsident der Wirtschaftsprüferkammer, Dr. Björn Demuth, BFB-Vizepräsident und Präsident des Landesverbands der Freien Berufe Baden-Württemberg, Dr. Peter Engel, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundeszahnärztekammer,

- Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Hans-Ullrich Kammeyer, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundesingenieurkammer, Dr. Raoul Riedlinger, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundessteuerberaterkammer, und Friedemann Schmidt, BFB-Vizepräsident und Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände
- **17. Oktober 2017**
Erneuerung des Freundschaftsabkommens mit der französischen Freiberufler-Organisation l'Union Nationale des Professions Libérales mit BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer
- **8. November 2017**
Impulsreferat von BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer auf der Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung mit dem Titel „Auswirkungen der Deregulierungstendenzen der Europäischen Union auf die Freiberuflichkeit und Selbstverwaltung in Deutschland – Was erwartet die Heilberufe?“
- **13. November 2017**
Grußwort von BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer auf der Berufsrechtstagung 2017 mit dem Titel „Der Steuerberater als Rechtsdienstleister“ des Deutschen wissenschaftlichen Instituts der Steuerberater
- **29. November 2017**
BFB-Arbeitskreis „Finanzen“
- **1. Dezember 2017**
Vortrag von BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer bei EESC GROUP III extraordinary meeting „The Liberal Professions, a lever for the Development of Europe: towards a European Manifesto of Professionals“ in Rom
- **4. Dezember 2017**
BFB-Präsidiumssitzung
- **5. Dezember 2017**
Austausch BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer mit Heino von Meyer, Leiter des Berlin Centre der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- **13. Dezember 2017**
Arbeitskreis „Neuordnung der Aufteilungsverbände“

STELLUNGNAHMEN, POSITIONSPAPIERE, RESOLUTIONEN UND FAKTENBLÄTTER

BFB-Stellungnahmen

- » 31. Januar 2017
BFB-Stellungnahme zum Vorschlag der Europäischen Kommission über die Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte
- » 21. Februar 2017
BFB-Stellungnahme zum Vorschlag der Europäischen Kommission über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen
- » 21. Februar 2017
BFB-Stellungnahme zum Vorschlag der Europäischen Kommission über die Reform des Notifizierungsverfahrens im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie
- » 24. April 2017
BFB-Stellungnahme zu den Reformempfehlungen der Europäischen Kommission für die Berufsreglementierung
- » 25. April 2017
BFB-Stellungnahme zum Regierungsentwurf des Gesetzes zur Neuregelung des Schutzes von Geheimnissen bei der Mitwirkung Dritter an der Berufsausübung schweigepflichtiger Personen
- » 30. Mai 2017
BFB-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts

BFB-Positionspapiere und Kurzpositionen

- » Mai 2017
BFB-Positionspapier zum Bericht zum Anerkennungsgesetz
- » Juni 2017
Kurzposition von BFB und Union Nationale des Professions Libérales (UNAPL) zum Dienstleistungspaket
- » August 2017
Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand „10 Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Besseren Rechtsetzung in Deutschland“
- » 29. September 2017
BFB-Positionspapier zu „Mögliche(n) Auswirkungen des Brexit im Berufsumfeld der Freien Berufe“
- » 12. Oktober 2017
BFB-Positionspapier zur Sozialen Säule „Gemeinwohlorientierung der Freien Berufe als Stärke Europas fördern“

Resolutionen

- » 1. April 2017
BFB-Resolution zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Bundeskriminalamtgesetzes

BFB-Faktenblätter

- » Februar 2017
Assistierte Ausbildung
Allianz für Aus- und Weiterbildung
- » Oktober 2017
Ausbildungsbegleitende Hilfen
Wirtschaftliche Bedeutung der Freien Berufe
- » Dezember 2017
Duale Berufsausbildung

PRESSE- UND MITGLIEDERMITTEILUNGEN

- » *26. Januar 2017*
BFB-Neujahrsempfang mit der seinerzeitigen Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka und Prof. Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie
- » *13. März 2017*
Gemeinsame Veranstaltung der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union und des BFB in Brüssel zu den Auswirkungen des Dienstleistungspakets auf die Freien Berufe
- » *23. März 2017*
Gemeinsame Pressemitteilung der Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung – „Duale Ausbildung hat Zukunft!“
- » *29. März 2017*
Wirtschaftspolitisches Frühstück mit MdBs unter dem Titel „Europäische Deregulierung bei Freien Berufen – Auswirkungen auf nationale Kompetenzen sowie den Verbraucher- und Patientenschutz“ – „Qualifikation und Qualität als gemeinsame Werte Europas erhalten“
- » *25. April 2017*
Gemeinsame Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand – Der Mittelstand – Erwartungen zur Bundestagswahl 2017
- » *8. Juni 2017*
Gespräch zwischen Vertretern des BFB und der Union Nationale des Professions Libérales (UNAPL) in Paris – Deutsche und französische Freiberufler tauschen sich aus
- » *22. Juni 2017*
Wahlen und Neuaufnahme bei der BFB-Mitgliederversammlung – Prof. Dr. Wolfgang Ewer neuer BFB-Präsident
- » *6. Juli 2017*
BFB-Konjunkturumfrage Sommer 2017 – „Solide Wirtschafts- und Beschäftigungslage bei den Freien Berufen“
- » *20. Juli 2017*
Statistik zu den Selbstständigen in den Freien Berufen – „Erstmals über fünf Millionen Menschen in Freien Berufen beschäftigt“
- » *21. Juli 2017*
Austausch des BFB-Präsidiums mit Peter Altmaier, seinerzeitiger Chef des Bundeskanzleramts, insbesondere zu Europa-Themen

- » *8. August 2017*
Zahlen zu den bis zum 30. Juni 2017 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen bei den Freien Berufen – „Solide Ausbildungsleistung der Freien Berufe“
- » *2. Oktober 2017*
Gemeinsame Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand – „Basel IV geht in die falsche Richtung“
- » *23. Oktober 2017*
Politischer Abend in Brüssel – „Europäischer Binnenmarkt profitiert von den Leistungen der Freien Berufe“
- » *23. Oktober 2017*
BFB-Workshop in Brüssel zur BFB-Deregulierungsstudie – „Studie ‚Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen‘ diskutiert“
- » *23. Oktober 2017*
Treffen von BFB und UNAPL – Erneuerung des Freundschaftsabkommens
- » *3. November 2017*
Präsentation der Zahlen, wonach die Freien Berufe 10,8 Prozent oder 327 Milliarden Euro zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beisteuern – „Anteil der Freien Berufe am BIP steigt“
- » *3. November 2017*
Zahlen zu den bis zum 30. September 2017 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen bei den Freien Berufen – „Freie Berufe legen bei Ausbildung zu“
- » *Dezember 2017*
BFB-Konjunkturumfrage Winter 2017 – „Wirtschaftliche Lage bei den Freien Berufen stabil“

RAUM FÜR NOTIZEN

ZU GUTER LETZT: PRÄSIDENTENWECHSEL

Nach dreieinhalb Jahren an der BFB-Spitze hat Dr. Horst Vinken im Zuge der BFB-Mitgliederversammlung am 21. Juni 2017 den Staffelstab des BFB-Präsidenten an Prof. Dr. Wolfgang Ewer übergeben. Prof. Dr. Ewer betonte, Dr. Vinken habe sich gerade während seiner Präsidentschaft in besonderem Maße verdient gemacht um den BFB. Als moderner Dachverband mit transparenten und effizienten Strukturen sei der BFB nun bestens gerüstet, um das vor ihm liegende Pensum zu meistern. Eine Auswahl der wichtigsten Stationen in der Bildfolge:



- 1 BFB-Mitgliederversammlung Ende 2013
- 2 Außerordentliche BFB-Mitgliederversammlung Ende 2014
- 3 BFB-Neujahrsempfang 2015: Dr. Vinken mit EU-Kommissar Günther Oettinger
- 4 BFB-Europa-Fachtagung am 1. Dezember 2015
- 5 BFB-Neujahrsempfang 2016: Dr. Vinken mit Frank-J. Weise, seinerzeitiger Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit und Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sowie BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer
- 6 BFB-Neujahrsempfang 2017: Dr. Vinken mit Prof. Dr. Johanna Wanka, seinerzeitige Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, und BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer
- 7 Präsidiales Präsent vom Nachfolger an den Vorgänger auf der BFB-Mitgliederversammlung 2017



Scannen Sie diesen QR-Code mit Ihrem Smartphone,
um auf www.freie-berufe.de zu gelangen
und weitere Information über den BFB zu erhalten.